

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 26. April 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Sonntage.

Die Inserations-Gebühr beträgt für die sechsgepalte Kolonelle ober deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Verordnungen und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Die Kornwucherflotte.

Die am Mittwoch wieder aufgenommenen Verhandlungen der Budgetkommission zeigen, daß auch der letzte Funken der künstlich eingeheizten Marinebegeisterung verlöschen ist. Nur die groß-industriellen Flottenlieferanten und einige alldeutsche Weltmachtnarren sehen den Seerüstungsspektakel mit ungemindertem Eifer fort. Centrum und Konserveative vermögen nur gute mühsam gute Miene zum bösen Spiel zu zeigen. Doch die „gräßliche Flotte“ bleibt die „Lieblingvorlage des Kaisers“. Die konservativen Kanalrebellen wegen nicht, auch Flottenrebellen zu werden. Das Centrum zittert um seine parlamentarische Vorherrschaft und Regierungsfähigkeit.

Die verhaßte Flotte mußte darum Mittel zum Zweck werden. Man will ihre Bewilligung so teuer als möglich verkaufen. Man will heranzuschlagen, was nur heranzuschlagen ist. Die Flottenberatung ist politisches Erpressungsgeschäft des Agrariertums geworden. Noch gestern unternahm die „Germania“ den selbstmörderischen Versuch, unsern Nachweis der Centrums-Schacherpläne niederzuschmeißen. Heute bestätigten die Reden der Centrumsführer in der Budgetkommission die volksfeindlichen Absichten der Partei, mögen sie sich noch so sehr hinter jesuitischem Wohlwollen verstecken.

Nachdem die Budgetkommission zunächst in unwesentlicher Debatte über den unmöglichen Nebeneinanderbestand zweier sich widersprechender Gesetze, des 1898er Flottengesetzes und der jetzigen Novelle, beraten hatte, enthüllten sich die Unfinnigkeiten und Lächerlichkeiten der gegenwärtigen politischen Situation durch die Debatte über die Centrumsanfrage, wie die Regierung die Landwirtschaft gegen die ihr aus der Flottenvorlage erwachsenden Nachteile zu schützen gedenke. Unfruchtbar blieb die Erörterung über die wachsende Leutenot und über die Festsetzung einer Maximal-Präsenzsziffer für Heer und Flotte zusammen; die Regierungsvorrede würdigte diesen naiven Vorschlag keinerlei Antwort. Um so bedeutsamer gestaltete sich die Beratung, nachdem der Abg. Müller von der Regierung die Zusage erhöhter Getreidezölle geradezu als Vorbedingung der Flottenbewilligung gefordert hatte.

Abg. Müller und zahlreiche andre Redner des Centrums und der Konserveativen schalteten heftig die ungeschickte offiziöse Flottenagitation, welche die ländliche Bevölkerung gegen die Flotte aufgebracht habe. Zugleich aber bemühten sich die Herren, durch möglichst düstere Ausmalung von Gefahren, die der Landwirtschaft durch die industrielle Entwicklung Deutschlands und die Flottenpolitik drohen, die offiziellen Agitatoren in — allerdings gar zielbewußter — Ungeschicklichkeit zu übertrumpfen. Je mehr die Landwirtschaft gegen die Flotte erregt wird, um so höher und dringlicher kann die agrarische Gegenrechnung aufgemacht werden. Zu welchem hohen Preise die Agrarier das Flottengesetz zu verschmerzen gedenken, zeigt der ausdrückliche Hinweis des Abg. Müller, daß eigentlich der jetzige Kornzoll nicht 3,50, sondern 5 M. betrage. Der 3,50 M.-Zoll bedeute nur eine vorübergehende Ermäßigung durch die Handelsverträge, während grundsätzlich der 5 M.-Zoll gelte. Und dieser Zoll soll noch weiter erhöht werden!

Webel nagelte die agrarische Begehrlichkeit unentrinnbar fest: Ohne Zollerhöhung keine Flotte — das ist die allgemeine agrarische Parole! Zwar sucht das politische Händlertum sich der rechten Zeichnung seiner Pläne zu entwinden. Graf Stolberg will die Flotte bewilligen, wie auch die Regierung über die Schutzzölle denkt; aber zugleich droht er mit der Nichtstimmung draußen im Lande, wenn die Zölle nicht erhöht werden. Herr Gröber wiederum läßt seinen Unwillen ausströmen, daß nur Herr v. Tschelnmann unverbündliches Wohlwollen für die Landwirtschaft ausspreche, statt feierlicher Festlegung im Namen der verbündeten Regierungen für den erhöhten Hungerzoll. Die Regierung solle nicht glauben, grölte Herr Gröber, daß die Flotte so ohne Schwierigkeiten in den Häfen einlaufen könne. Das Centrum läßt die Flotte nur in den Häfen, wenn sie die Garantie verstärkter Schutzzölle an Bord führt. Ohne Zollerhöhung übersprechen keine Flottenbewilligung! — das war der agrarische Refrain aller Reden der Herren Müller, Gröber, Arenberg, Stolberg, Arnim u. s. f.

Freiherr v. Tschelnmann empfindet die unsagbare Lächerlichkeit der Situation. Mit leise ironischem Lächeln begleitete er die ungestümen Herausforderungen der agrarischen Redner. Er soll Handelsverträge vorbereiten und zugleich die Bedingungen, die allein den Abschluß von Handelsverträgen ermöglichen, schon jetzt den Agrariern andulieren. Die Regierung soll die Flottenbewilligung durch Zusagen belohnen, deren Erfüllung alle Erfolge, die sie durch die Flotte erreichen zu wollen vorgiebt, aufheben muß. Sie soll Industrie und Handel fördern, indem sie ihnen tödliche Wunden schlägt. Niemals ist der Interessengegensatz einer rückständigen, nur durch Auswucherung des arbeitenden Volks existenzfähigen Agrarierklasse und einer abhaymarktungrigen Exportindustrie schroffer zum Durchbruch gelangt als in diesem Flottengeschäft.

Die Selbstenttäuung des Kornwuchers enthüllt aber zugleich den Deckungswindel des Centrums bis in die letzte Tiefe. Die Steuersuche wird zum trivialen Gaukelspiel, wenn man durch Zollerhöhungen Mehreinnahmen für das Reich schafft. Nun haben die Centrumsführer, in die Enge getrieben und den Unwillen ihrer Arbeiter-Wähler fürchtend, den neuen Taschenspielertrick versucht: es sollen die Mehreinnahmen aus Zöllen unter keinen Umständen für Marine-Ausgaben, sondern zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung verwendet werden. Das ist eine vermehrte Auflage des lästigen Stills von 1898. Die Bestimmung des Flottengesetzes, durch welche das Centrum damals die arbeitenden Massen vor der Belastung durch die Marinemehrung schützen zu wollen vorgab, ist, wie wir voraussetzten, eine papierne Dekoration

ohne jede tatsächliche Bedeutung geblieben. Sieht sich jetzt das Centrum den Anschein, als wolle es den Mehraufwand für die Marine aus neuen, nicht die unteren Volksklassen belastenden Steuern bestreiten, so sollen aber diese neuen Steuern, eine nach der andern, erst dann zur Erhebung gelangen, wenn die laufenden Reichseinnahmen nicht zureichen sollten. Für den Zeitraum bis zum Eintreten neuer Zollsätze würde daher ohne weiteres der gesamte Zuwachs an Einnahmen für die Marine verwendet werden können. Für die Folgezeit könnte der weitere Zuwachs aber nur durch eine finanziell äußerst schwierige Aufstellung des Etats vor der Herausgabe für Flottenzwecke bewahrt werden, wobei vorausgesetzt ist, daß eine entsprechende Bestimmung bereits jetzt gesetzlich festgelegt wird. Hiervon aber will das Centrum bisher anscheinend nichts wissen. Es will nur durch ein leeres, späterhin gänzlich unaufrührbares Versprechen die industriellen Arbeiter über die schamlose Verteuerung der täglichen Lebensmittel hinwegtäuschen. Und selbst wenn jetzt die Nichtverwendung der Einnahmen von einer gewissen Höhe an für Marinezwecke gesetzlich festgelegt würde, wer wäre so leichtfertig zu glauben, daß alsdann die betreffenden Summen ersichtlich zu Gunsten der Arbeiter Verwendung finden würden? Nur ein sauberes Rechenpiel würde dabei herauskommen; man würde die Millionen, die der Marine verschlossen bleiben, für andre mittlerweile „nötig gewordenen“ Militärausgaben verausgaben.

Die Beratungen über das „große nationale Werk der größeren Flotte“ entrollen ein reizvolles Gemälde unsres Zeitalters des Patriotismus. Die Flottenbegeisterung offenbart sich als klingende Münze, mit der niedere Gewinnsucht die Auswucherung der arbeitenden Klassen bezahlt.

Nachstehend der Bericht über die Beratung der Budgetkommission am Mittwochvormittag:

Die Diskussion begann mit den vom Centrum gestellten Fragen 11 und 12:

11. Wie denken sich die verbündeten Regierungen die praktische Durchführung der §§ 1 bis 3 der Novelle unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des § 7 des Gesetzes vom 10. April 1898?

12. Wäre es nicht besser, die Vorschriften des geltenden und des geplanten Flottengesetzes in ein einheitliches Gesetz zusammenzufassen?

Abg. Müller-Fulda hält das Nebeneinanderbestehen des alten und des neuen Flottengesetzes für unmöglich und spricht den Wunsch aus, daß die Regierung der Kommission eine Vorlage mache, in der die beiden Flottengesetze in eins verarbeitet sind. Abgeordneter Gröber (C.) schließt sich diesem Wunsche an. Man müsse volle Klarheit darüber haben, wie sich die Regierung das Verhältnis der neuen Vorlage zum alten Flottengesetz denke. Staatssekretär Tirpitz glaubt nicht, daß aus dem Nebeneinanderbestehen beider Gesetze eine Unklarheit entstehen könne. Im übrigen stehen einer Zusammenfassung beider Gesetze keine besondere Schwierigkeiten entgegen. Abg. v. Kardorff (M.) kann die Bedenken des Abg. Müller-Fulda nicht teilen und ist gegen die Verschmelzung beider Gesetze, da jedes von ihnen eine andre Basis habe. Das bestehende Flottengesetz sei ein Gesetz, die neue Vorlage eine Resolution. Die Abgg. Gröber und Müller-Fulda halten ihren Standpunkt fest.

Darauf wendet man sich zum vierten und letzten Hauptabschnitt des Diskussionsplans über: „Durchführung der Vermehrung“. Hier sollen folgende Fragen erörtert werden:

13. In welcher Weise gedenken die verbündeten Regierungen den Nachteilen zu begegnen, welche aus der Verstärkung der Flotte für die Landwirtschaft zu besürchten sind?

14. Sind die verbündeten Regierungen geneigt, im Interesse der Landwirtschaft:

- a) eine Maximal-Präsenzsziffer, für Heer und Flotte zusammen berechnet, zu gewährleisten, welche die Zahl der für beide Zwecke auszuhebenden Mannschaften auf ein erträgliches Maß beschränkt?
 - b) für eine angemessene Erhöhung der Schutzzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse bei den bevorstehenden Handelsverträgen energisch einzutreten?
- Es steht zunächst Frage 13 zur Debatte.

Abg. Müller-Fulda (C.):

Es ist eine große Aufregung im Lande entstanden, besonders infolge der ungeschickten Agitation der Flottenschwärmer, welche die Flottenvermehrung mit der Notwendigkeit einer Getreidezufuhr begründen. Aber der Bauer kann schon jetzt sein Getreide nur schwer absetzen und solche Begründungen müssen ihn stutzig machen. Ich weiß nicht, ob diese Agitation vom Reichs-Marineamt oder vom Flottenverein ausgeht. (Heiterkeit.) Ein sachverständiger Führer des Bundes der Landwirte, Herr v. Wangenheim, hat erklärt, es seien für die Landwirtschaft die größten Nachteile bei der Flottenvermehrung zu besürchten. Darum haben wir unsere Frage gestellt. Auch ich zweifle nicht, daß für die Landwirtschaft Nachteile entstehen werden. In den Bergwerken und in andern Industrien wird die Beschäftigung wachsen, zahlreiche Arbeiter werden wieder der Industrie zuströmen und so der Arbeitermangel in der Landwirtschaft vermehrt werden.

Abg. Graf Rindowström (konf.):

Ich habe es jetzt oft in meiner Heimatprovinz (Ostpreußen) erleben müssen, daß die Stimmung der Landwirtschaft gegenüber der Flotte wenig begeistert ist. Die Agitation, die von der Weizenflotte spreche, habe der Sache mehr geschadet als genützt. Die Landwirtschaft wird durch die Politik, welche die Flottenrüstungen bedingen, immer mehr in Mitleidenhaftigkeit gezogen werden. Infolge dieser Flottenpolitik wird bei der Regierung die Meinung immer mehr abnehmen, auf die Landwirtschaft gebührende Rücksicht zu nehmen. Ich hoffe bestimmt, daß die Regierung befriedigende Erklärungen geben wird. Wir sehen die Flottenfrage als eine nationale Frage an. So lange es uns irgend möglich gemacht ist, treten wir für die Flotte ein. Aber

wir wissen auch, die Landwirtschaft wird davon keinen Vorteil haben. Wie will die Regierung den ihr erwachsenden Nachteilen, lese der wachsenden Leutenot, entgegen treten?

Staatssekretär Tirpitz:

Die Motive der Vorlage sind ja bei der Generaldiskussion erläutert, darauf mußte er sich beziehen. Die Wirkung der Novelle auf die Leutenot wird ganz offenbar überschätzt; die Rekrutenquote vermehre sich in 20 Jahren um 10 000 Mann; fürs Jahr also um 500 Köpfe, das kann bei dem stetigen Bevölkerungszuwachs keine Rolle spielen.

Abg. Graf Criola (nat.):

Ich kann auch für Süddeutschland erklären, daß dort die Bedenken der Landleute gewachsen sind. Die Regierung sollte sich doch ernsthaft mit den Vorschlägen des preussischen Landwirtschaftsrats bezüglich der ländlichen Arbeiterfrage beschäftigen. So sehr schlimm soll man allerdings den Arbeitermangel auch nicht hinstellen; bedenklich wäre nur der plötzliche Anzug sehr zahlreicher Arbeiter in die Industrie infolge sprunghaft ungleichmäßiger Schiffsbauten. Wenn eine regelmäßige Fortarbeit stattfindet, also eine bestimmte mäßige Zahl von Arbeitern jährlich nötig wird, so ist das nicht schädlich.

Abg. Graf v. Stolberg (l.):

Wir bemühen uns sehr um das Zustandekommen des Gesetzes, aber die verbündeten Regierungen machen es uns sehr schwer. Die Regierung hält sich jetzt wieder ganz in Schweigen. Etwas mehr Rücksichtnahme wäre wohl möglich. Es sei wohl schwer, die gestellten Fragen zu beantworten, aber er wünsche in dieser Beziehung guten Willen zu sehen. Die Leutefrage sei eine sehr schwerwiegende. Die Rekrutenfrage allein spiele demgegenüber keine Rolle; die Hauptsache sei, die Landwirtschaft leistungsfähiger zu machen. Dann werde sie bessere Löhne zahlen und mehr Arbeiter halten können.

Abg. Müller-Fulda

benämelt gleichfalls die ungeschickte Agitation; überlasse man den Parteien die Bearbeitung ihrer Wähler, so werde man viel weiter kommen. Die Arbeitslosigkeit werde durch die Novelle im Wert von etwa 48 Millionen für das Jahr gesteigert, berechnete man den darin enthaltenen Lohnverlust, so ergäbe sich, daß 24 bis 30 000 Arbeiter mehr von der Industrie beansprucht würden. Diese Arbeiter würden mit Sicherheit der Landwirtschaft entzogen, denn anderwärts seien keine Arbeitererfordernisse. Die Kommissar für das Land werde also um so größer sein, als die Landwirtschaft keine hohen Löhne zahlen könne, sondern immer weiter zurückgehe.

Abg. Baasche (nat.):

Der Vorredner sehe viel zu schwarz; die Vorlage sei gegenüber dem Gesamtetat des Reichs und der Einzelstaaten doch nicht von so großer Belang; man könne nicht mechanisch aus den Etatsziffern die Arbeiterhande herausrechnen. Dem Grundgedanken des Vorredners stimme er zu, aber man solle sich hüten, durch Ueberschreibungen die vorhandenen Besorgnisse noch zu erhöhen.

Abg. Graf Rindowström:

Wir werden von unsren Wählern geradezu gezwungen, die Wünsche der Landwirtschaft zu betonen. Durch die ganze heutige Entwicklung muß die Landwirtschaft in den Hintergrund gedrängt werden, wenn sie nicht bei den Regierungen genügenden Rückhalt findet.

Die Kommission wendet sich zu Frage 14, betreffend Festsetzung einer Maximal-Präsenzsziffer für Heer und Flotte.

Abg. Müller-Fulda

erklärt, daß der Ueberschuß bei den Aushebungen immer mehr zurückgehe und man dadurch zur Einstellung immer weniger geeigneter Leute gelangt; dies vermehre die Zahl der Friedensinvaliden; es sei deshalb erwünscht, eine Grundfrage zu finden, wie sie die Frage andeute. Die Vermehrung der Armee vermehre gleichfalls die Leutenot, denn die gewesenen Soldaten blieben in großer Zahl in den Städten und lehrten nicht auf das Land zurück. Die Präsenzsziffern seien unnötig hoch, das ganze Land werde gleichmäßig hierdurch geschädigt.

Abg. Graf Arnim (frl.):

Die Abnahme der ländlichen Bevölkerung habe mit den Präsenzsziffern der Armee nicht so viel zu schaffen wie der Vorredner meine; insbesondere spiele der Bedarf der Marine hierin keine Rolle, noch seien Ueberschüsse vorhanden.

Abg. Graf Rindowström

will auch Armee und Marine in dieser Frage auseinanderhalten. Wenn die Armee mehr kleine Garnisonen einrichte, werde derselben viel von ihrer Schärfe genommen werden.

Abg. Gröber:

Die Frage sei auch bezüglich der Marine von Bedeutung, denn auch diese entnehme ihren Ertrag der Landbevölkerung; die Marine brauche gerade besonders kräftige Leute, die nur die Landwirtschaft liefere. Die Angaben des Vorredners verdienen allerdings gleichfalls alle Beachtung, aber dabei werde soviel Lokalpolitik getrieben, daß man schwer zum Ziele werde gelangen können.

Abg. Prof. Haffe (nat.):

Man berücksichtige hier viel zu wenig den stetigen Bevölkerungszuwachs von jährlich 800 000 Köpfen. Sorge man nicht für deren Beschäftigung und Ernährung, so würden bald Schwierigkeiten entstehen. Man müsse weiter blicken und nicht auf die Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse bauen; insbesondere solle man nicht den Marine-Ertrag als gefährdend ins Feld führen.

Abg. Müller-Fulda:

Der Abgang der Arbeiterbevölkerung halte dem Zugang vollkommen die Waage; es gingen immer mehr Leute in allerhand bequemere Beschäftigungen über, aber hätten überhaupt nichts mehr, und das platte Land werde dadurch am meisten geschädigt. Das Land spare von dem Bevölkerungszuwachs nichts.

Abg. Prof. Haffe:

Müllers Ausführungen dürften nicht unwidersprochen bleiben, die Statistik beweise das strikte Gegenteil; es werde in Deutschland jetzt viel mehr gearbeitet als früher.

Abg. Webel

lebt haben, wonach die Landwirtschaft allerdings eine Abnahme ihrer Arbeiter erfahren habe, während die selbständigen Unternehmern zunehmen; in der Industrie sei das umgekehrte Verhältnis der Fall.

Abg. Müller-Fulda:

Die verminderte Arbeitszeit trage auch einen Teil der Schuld an der Verschiebung der Arbeiterverhältnisse.

Hiermit wird auch diese Frage verlassen und zum letzten Teil der Generaldiskussion

„Schutzölle“

übergegangen.

Abg. Müller-Fulda:

Wenn man auf der einen Seite die Landwirtschaft in eine Kalamität bringt, so ist andererseits ein besonderer Schutz für sie zu schaffen. Wir müssen daran denken, ihr bessere Zollverhältnisse zu geben. Das muß schon bei Festsetzung des Zolltarifs geschehen. Falls aber ist der Gedanke der Landwirtschaft, daß sie um der Gegenleistungen willen dahin streben müsse, auch der Großindustrie höhere Zölle zu verschaffen. Denn wenn die Großindustrie so gefördert wird, so wird der Landwirtschaft der Bedarf an industriellen Erzeugnissen verwehrt. Das jegliche Ungleich der Landwirtschaft ist eine Folge des industriellen Schutzes, der weit über das Bedürfnis hinausgeht. Man hat 1878 die Lage ganz falsch beurteilt. Ich warne vor Konzeptionen an die Großindustrie. Für die landwirtschaftlichen Zölle findet sich schon eine Majorität im Reichstag ohne die Großindustrie. Ich erwarte die Regierung dringend um Antwort auf meine Frage. Die Stimmung im ganzen Lande würde sich gegen die Flottenvorlage noch weit feindlicher gestalten, wenn die Landwirtschaft das Karmittel sein soll, das bei den künftigen Handelsverträgen abgeschlachtet werden soll.

Abg. Graf Kinkowskij:

Es wäre zu erwarten gewesen, daß der Reichskanzler (Bunzl.) er ist beim Kaiser (Herrlichkeit) oder ein Vertreter desselben und hier eine offizielle Erklärung abgeben würde.

Staatssekretär v. Tschelmann:

Namens der verbündeten Regierungen kann ich nicht sprechen, denn ein Beschluß derselben liegt nicht vor. Die Verhandlungen über den Zolltarif haben begonnen und es ist zu hoffen, daß wir ihn im nächsten Winter oder doch im Lauf des nächsten Jahres vorlegen können. Bei keiner Regierung besteht die Absicht, die Landwirtschaft zu schädigen, das kann ich versichern, ohne daß Beschlüsse vorliegen. Alle Regierungen sind bestrebt, der Landwirtschaft, die stellenweise schwer gelitten hat, zu helfen. Wie weit dies in den einzelnen Fällen, bei jeder einzelnen Position des Tarifs durch Erhöhung der Zölle geschehen kann, das kann heute noch niemand sagen.

Abg. Paasche:

Eine Beantwortung bezüglich der einzelnen Positionen hat niemand verlangt. Aber im allgemeinen wäre die gestellte Frage mit Bestimmtheit zu beantworten.

Staatssekretär Tschelmann:

Gerade die allgemeine Fassung der Frage macht die Beantwortung schwierig. Was ist denn eine „angemessene“ Erhöhung der Zölle? Was der eine für angemessen hält, hält der andre nicht dafür. Ich bin fest überzeugt, die Regierungen haben den besten Willen, die Landwirtschaft so gut es geht zu berücksichtigen und besser zu stellen, als es jetzt der Fall ist.

Abg. Gröber (L.):

Der Staatssekretär spricht nur für seine Person. Es handelt sich auch nicht darum, was man „wünscht“. Eine formelle Erklärung der verbündeten Regierungen ist erforderlich. Die Regierung würde sich sehr täuschen, wenn sie glauben sollte, sie brauche nichts besonderes mehr für diese Vorlage thun, als ob sie von selbst in den Hafen einliefe. Unsere Fragestellung ist längst bekannt und doch erfolgt keine genügende Antwort. Auch über die Deckungsfrage sagt man uns nicht, was hierin mittlerweile geschehen ist. Wenn man uns keine bestimmte Zusicherungen gebe, so werde das der Vorlage zum großen Nachteil werden.

Abg. Graf zu Stolberg

Äußert sich in gleichem Sinn. Die Erklärung eines einzelnen Staatssekretärs sei nicht von ausreichendem Schwergewicht.

Abg. Graf Arnim

schließt sich dem Redner an. Der Bundesrat möge sich über die Frage schlüssig machen und seinen Beschluß formell verkünden; es sei nicht schwierig, den Wunsch, wie er laut geworden, zu erfüllen.

Abg. Webel:

Der Gang der Verhandlungen hat dahin geführt, daß es heißt: Entweder Erhöhung der Zölle oder keine Flotte! Wir hätten uns die Beratung der Frage betr. die Kostenaufbringung ganz sparen können, wenn die Zölle erhöht werden sollen, so kann man von den Mehreinnahmen und Zöllen vorausichtlich die Mehrausgaben decken. Wird der Getreidezoll nur auf 5 M. erhöht, so muß eine erhebliche Mehreinnahme für das Reich entstehen, da die Zufuhr von Getreide steigen wird. Es läuft also darauf hinaus, daß auch diesmal wieder trotz aller gegenteiligen Versicherungen die arbeitenden Klassen die Hauptlast tragen sollen. Die Agrarier aber sollen den Vorteil haben. Dabei ist es nicht richtig, daß für die Landwirtschaft durch die Flotte ein erheblicher Nachteil entstehen kann, denn andernfalls müßte daselbst für die Seeresforderungen zutreffen, die doch stets von den Agrariern bewilligt worden sind.

Abg. Müller (L.):

Abg. Webel irrt sich; eine Erhöhung des Getreidezolls sei ja garnicht in Frage, denn es bestehe ja jetzt im Generaltarif ein 5-Mark-Zoll und nur einige Staaten seien vorübergehend besser gestellt worden. Die Arbeiter würden nicht belastet werden, denn es seien aus höheren Zöllen keine Mehreinnahmen zu erwarten. Die Einfuhr werde abnehmen und eher eine Wiedereinnahme herauskommen. Wir haben positive Steuervorschläge gemacht, die nur die Interessenten belasten.

Abg. Prinz Arenberg (L.):

Es handelt sich um eine großartige Förderung und Beförderung der überseeischen Interessen. Die Landwirtschaft fürchtet, man wolle in den Freihandel hineinsteuern, man werde die Schutzpolitik vernachlässigen zu Gunsten des Exports. Eine Belastung der Arbeiter liegt nicht vor, denn wenn ihre Löhne steigen, so kann auch die Landwirtschaft Entschädigung verlangen. Es würde nichts nützen, wenn die Regierung mit Auflösung drohen wollte. Dazu wäre eine gute Wahlparole nötig, aber statt der Flotte würden dann ganz andre Fragen zur Parole werden, die nicht für, sondern gegen die Regierung ziehen würden.

Abg. Graf Kinkowskij:

Die Zollfrage soll nicht, wie Webel sagt, mit der Flottenfrage verquickt werden. Die Deckungsfrage bleibt durchaus bestehen. Die Getreidezollfrage behandeln wir nur nebenbei; die Landarbeiter haben Vorteil von hohen Zöllen, das will Herr Webel aber nicht zugeben.

Abg. Richter:

Kann je ist so viel gegen die Flottenvorlage zusammengetragen worden als heute hier. Es war interessant, daß Abg. Müller die Sammelpolitik zurückgewiesen hat; auch ich habe die Industriezölle nie begiligt. Der Landarbeiter hat nichts von höheren Zöllen. Die Wirkung der Zollserhöhung sei nur das Anwachsen des Kapitalwerts der Güter, so daß die Dauer kein Vorteil für die Arbeiter entstehen kann. Der 5-Mark-Zoll steht allerdings im autonomen Tarif, er ist aber für alle wichtigen Länder durch die Verträge ermäßigt. Tatsächlich will man also eine Er-

höhung, und durch diese erhöhten Zolleinnahmen sollen die Flottenkosten bestritten werden. Die Einfuhr von Getreide wird durch die Zollserhöhung nicht abnehmen, da die Bevölkerung sicher zunimmt.

Abg. Gröber:

Es liegt keine Veranlassung der Zoll- und Deckungsfrage vor. Die offizielle Agitation habe die ländliche Bevölkerung beunruhigt; nur zu ihrer Beruhigung sind Zusicherungen der Regierung bezüglich des Schutzes nötig. Die Postdeckung soll aber nicht so geschaffen werden. Sie ist durch positive Vorschläge zu beschaffen. Wenn aus Zöllen sich Mehreinnahmen ergeben, dann sollen diese unter keinen Umständen für die Flotte verwendet werden. Wie sie zu verwenden sind, wird sich finden, aber jedenfalls sollen sie zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung verwendet werden.

Abg. Graf zu Stolberg:

Wir machen unsere Zustimmung zur Flotte nicht von dem Versprechen abhängig, daß die Zölle erhöht werden sollen. Wir stimmen unter allen Umständen für die Flotte. Aber im Land, glaube ich, werden die Ansichten der Vorlage sich bessern, wenn eine Regelung der Zollfrage im Interesse der Landwirtschaft in sichere Aussicht gestellt wird.

Abg. Webel:

Die Herren haben jetzt ihren Standpunkt etwas modifiziert, aber ich bin neugierig, wie sie sich verhalten würden, wenn etwa die von ihnen verlangte Erklärung der Regierung nicht erfolgen sollte! Die Landarbeiter haben kein Interesse an höheren Zöllen; sie haben nur in den seltensten Fällen über ihren Familienbedarf hinaus Korn zu verkaufen. Ebenso hat die große Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe absolut kein Interesse an Zöllen. Wenn Herr Gröber sagt, seine Partei wolle aus den Zolleinnahmen nicht die Flotte bezahlen, so hat das gar keine Bedeutung. Sie müßten es dann im Gesetz selbst festlegen! Das würde aber allerdings schwierig sein; die Zolleinnahmen stehen einfach in der Reichskasse und werden für entstehende Ausgaben verwendet, eine Loslösung dieses Teils der Einnahmen ist kaum zu erwarten. Ich wünsche, daß an diesen Zollforderungen die ganze Sache scheitern möchte und eine Auflösung des Reichstags eintritt.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Müller-Fulda, Kinkowskij, Richter, Gröber wird die Debatte abgeschlossen. Die Beratung soll Donnerstag mit dem § 1 der Novelle fortgesetzt werden. Diese Beratung soll aber nur die Unterlage für die noch offene Deckungsfrage bilden und noch keine bindenden Beschlüsse zeitigen.

Abg. Müller-Fulda hat zur Beratung des § 1 der Flottenvorlage noch folgende Anfragen an die Regierung gerichtet:

1. Wodurch erklärt sich die Notwendigkeit einer doppelten Schlagschiff-Flotte? Könnte die Absicht der verbündeten Regierungen nicht auch dadurch erreicht werden, daß die bestehende Schlagschiff-Flotte unter Beibehaltung der jetzigen Zahl von Kreuzern und eines Flottenflaggschiffs zunächst eine Vermehrung um 8 Linienfahrer erfolgt und später die 8 Linienpanzer durch weitere 8 Linienfahrer ersetzt werden?
2. Ist die Geschwaderstärke von 8 Linienfahrern unbedingt erforderlich oder könnte auch die in der strategischen Marine übliche Stärke von 6 Linienfahrern pro Geschwader, event. wenigstens für die Reserve-Schlagschiff-Flotte genügen?
3. Welche Gründe werden für die gesetzliche Festlegung der Materialreserve geltend gemacht; weshalb kann solche nicht der jährlichen Festlegung durch den Etat vorbehalten bleiben?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. April.

Der Reichstag

erledigte in der gestrigen (Mittwochs-) Sitzung seine ganze Tagesordnung, ohne daß es zu einer ernsthaften Debatte gekommen wäre. Ueber das Reichs-Sprachengesetz, das vor eine Kommission verwiesen wurde, sprachen noch zwei Sachverständige; der freikonservative Höffel und der fortschrittliche Dr. Vangerhans, die beide an einzelnen Stellen des Gesetzentwurfs Kritik übten. Die zwei letzten Punkte der Tagesordnung, welche mit der Kolonialpolitik in Verbindung stehen (Ergänzung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete und Postdampfer-Verbindungen mit Ostafrika), hätten wohl Anlaß zu einer Debatte im großen Stil bieten können. Allein zu einer Debatte im großen Stil gehört ein großes Interesse, und ein großes Interesse nimmt der Reichstag, in seiner Gesamtheit als Ganzes aufgesetzt, augenblicklich nur an einer Frage: dem Schicksal des Flottengesetzes. Die Flottenvorlage ist und bleibt der Hauptgegenstand des jetzigen Sessionsabschnitts, obgleich die Agenten des Flottensyndikats seit einiger Zeit wohlweislich sich sehr ruhig verhalten, weil sie begriffen haben, daß ihre bisherige Darnum-Spektakelagitation dem Geschäft bloß geschadet hat.

Die Kolonialpolitik ist zwar auch eine sehr wichtige Sache für die Herren Geschäftspolitiker, allein unmittelbar bietet sie doch nicht annähernd so große Vorteile wie die Flottenvorlage, und überdies hat die Regierung in der Kolonialpolitik aus Klugheitsrücksichten etwas gebremst. Hat sie die Flottenvorlage unter Dach und Fach, dann kann es ja wieder heißen: mit Vollampf voran! Dem jetzigen Leiter der Kolonialangelegenheiten, Herrn Buchta, sind unsere Kolonial-Geschäftsleute allerdings bitter gram — er hat, wohl der Not mehr folgend als dem eignen Triebe, sich erlaubt, gewissen Ausschreitungen und Schwindelpraktiken entgegenzutreten — und das wird ihm von den Geschäftsfreunden der Veist, Peters, Arenberg niemals verziehen.

So führte die Beratung dieser zwei kolonialpolitischen Gegenstände zu keiner lebhaften Debatte, namentlich zu keiner, die Kolonialpolitik prinzipiell behandelnden Debatte, sondern nur zu einem ziemlich langweiligen Hin- und Herreden, getürzt nur durch ein paar giftige Krippenbeizereten.

Das Nachtrags-Etat-Gesetz wurde vor die Budget-Kommission, das Postdampfer-Gesetz vor eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Dritte Lesung des Vertrags mit Oestreich-Ungarn betr. das Urheberrecht; Resolutionen zum Haushalt; Berichte der Petitionskommission.

Fleischperre.

Aus Nürnberg wird uns berichtet: Die „Tagespost“ bringt einen Artikel, indem sie erklärt, warum die Mehrheit der Konservativen von der Forderung, daß das Fleischschahgesetz nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen werde, zurücktritt und sich auf das Kompromiß einläßt. Sie haben auf andern einfacherem Wege zum Ziel erhalten, was sie fordern. Der Reichskanzler hat dem Bremer Norddeutschen Lloyd auf Grund des Artikels 26 des Subventionvertrags unterlag, bis auf weiteres freies ausgeführtes Fleisch, Butter und andre Vollerzeugnisse, Getreide aus dem Ausland nach deutschen, niederländischen und belgischen Häfen mit Reichspostdampfern zu befördern.

Zur Ausklärung über diesen Fall, der an sich nichts Unerwartetes bietet, dienen folgende Erinnerungen: Bei der Dampfersubventions-Vorlage nahm der Reichstag die folgende Resolution an:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem Norddeutschen Lloyd eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirtschaftliche Produkte, welche mit der deutschen Landwirtschaft konkurrieren, mit Ausnahme von Tabak, Gärten, Heulen und Wolle, von der Einfuhr durch die subventionierten Dampfer nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen auszuschließen.“

Graf Posadowsky hat sich damals — am 11. März 1898 — mit dieser Resolution einverstanden erklärt und zugleich die Bereitwilligkeit des Lloyd erklärt, eine solche Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen. Graf Posadowsky gab die blinde Versicherung ab, daß die Argieringen, den Norddeutschen Lloyd vertragmäßig verpflichtet werden, daß er auf seinen subventionierten Linien kein Getreide, was mit deutschen konkurriert, also nicht die vier Hauptgetreidesorten, ferner kein Fleisch und keine Vollerzeugnisse einführt. „Wie werden“, sagte Posadowsky hinzu, „den Paragraphen auch ferner so fassen, daß wir auch fortgesetzt die Berechtigung haben, weitere landwirtschaftliche Produkte, welche der deutschen Landwirtschaft eine schädliche Konkurrenz bereiten, von dem Transport auszuschließen.“

Die damalige Erklärung des Grafen Posadowsky ging infolgedessen über die Resolution des Reichstags hinaus, als der Staatssekretär für einen Teil der Produkte den Ausschlag obligatorisch zu gestalten versprach, während der Reichstag nur dem Reichskanzler die Befugnis zuerkennt wollte, eine Sperre zu verhängen.

Es scheint nun, als ob in den Vertrag, der zwischen dem Deutschen Reich und dem Norddeutschen Lloyd geschlossen wurde, dann eine Bestimmung aufgenommen wurde, die der Resolution, nicht der weiter gehenden Erklärung des Grafen Posadowsky entsprach. Es ist ferner anzunehmen — sofern die Nachricht des Münchener Blattes korrekt ist — daß der Reichskanzler von seiner Befugnis bisher keinen Gebrauch gemacht hat und jetzt erst — um die Agrarier ein wenig zu beschwichtigen — den Lloyd an seine Verpflichtung erinnert hat. Auf diese Weise wird — ohne Gesetz — die Einfuhr von Fleisch erheblich erschwert, wenn sie auch nicht auf anderen Wegen gänzlich verhindert werden kann. Es zeigt sich jetzt, wie bedenklich jene Bestimmung war. —

Einzelstaatliche Zuchthausvorlagen.

Innerhalb deutlicher tritt die Erscheinung hervor, daß nimmere in den Einzelstaaten verhandelt wird, einzelne Bestimmungen der Zuchthaus-Vorlage durchzuführen.

So hat eben der Lübecker Senat das Direktpostenstellen unter Strafe gestellt, indem er folgende Verfügung erließ:

„Personen, welche planmäßig zum Zwecke der Beobachtung oder Velesung der Arbeiter einer Arbeitsstelle oder des Zuzugs von Arbeitern zu einer Arbeitsstelle an einem öffentlichen Orte sich aufhalten, werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.“

Der Lübecker Senat macht sich damit einen Eingriff in die Regelung des Koalitionsrechts an, die dem Reich obliegt. —

Deutsches Reich.

Das Abgeordnetenhause erlebte am Mittwoch eine Anzahl Petitionen. Eine agrarische Petition um Zollschutz für den Kartoffel-, Gemüße- und Obstbau wurde gegen die Stimmen der freikonservativen der Regierung zur Verhinderung abgewiesen. Am Donnerstag wird die Vorlage betreffs Zwangserziehung Minderjähriger beraten. —

Zur Förderung des Handels sollen — angeblich — dem deutschen Volke nach der neuen Flottenvorlage während der nächsten zwanzig Jahre rund 6 Milliarden ausgekehrt werden. Welche Förderung dabei in Wahrheit unser Handel erfährt, dafür heute nur zwei Beispiele: In Memel ist infolge einer im Herbst eingetretenen Verlandung des Hafens eine

vollständige Blockade

über den Hafen verhängt. Ein blühender Handel von 60 Millionen an Ausfuhr und Einfuhr ist dadurch vollständig lahmgelegt. Das „Memeler Dampfboot“ schreibt u. a.:

„Die Verlandung ist begehrensdürftig durch dieselben Stürme veranlaßt, deren Wirkungen auf die Landstriche am Kurischen Haff vor weniger Wochen lang und breit im preussischen Abgeordnetenhause besprochen worden sind, während um die weit schlimmeren, viel weittragenderen Schädigungen, die der Hafen von Memel dadurch erlitten, sich bis heute — in Berlin wenigstens — keine Seele zu kümmern scheint. Und dabei ist die Situation, wie ohne Uebertreibung gesagt werden kann und muß, eine ganz verheerliche. In Memel lagert zum Beispiel Holz im Wert von vielen Hunderttausenden, das seit dem vorigen Jahr verkauft und bereits bezahlt ist, das aber vom Käufer nicht abgeholt werden kann, weil die entsprechend großen Schiffe nicht in den Hafen können. Da ist es denn sehr wohl begreiflich, wenn diese und andre Abnehmer den Abschluß neuer Geschäfte mit dem Memeler Platz einfach ablehnen.“

Es ist weit gekommen, wenn in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung von hervorragender Stelle aus — einer Stelle, deren ruhige Sachlichkeit und besonnenes Urteil über jeden Zweifel erhaben sind — die Verhinderung ausgesprochen wird, daß der Handel Memels

vor dem Ruin

stehe, daß es nur eine Frage der Zeit sei, daß sich unser Handel nach Liban ziehe, und daß den Memeler Großkaufleuten schließlich nichts anderes übrig bleibe, als ebenfalls nach Liban auszuwandern.

Die Blockade wäre durch die Zähligkeit einer Anzahl leistungsfähiger Digger zu beseitigen, allein für solche Kulturzwecke ist kein Geld vorhanden!

Das Wort erwähnt denn auch in seinem heiligen Zorn, wieviel Milliarden man jetzt zur Befreiung des überseeischen Handels in allen Zonen der Welt für neue Kriegsschiffe verlangt, indes man einen verkehrreichen preussischen Hafen in jämmerlicher Weise zu Grunde gehen läßt, eine an sich schon schwer um ihre Existenz ringende Stadt und damit einen ganzen, mit Glücksgütern wahrlich nicht gesegneten Landstrich an den Wellenstab bringt.“

Wegen eine Forderung von 2½ Millionen zur Verlängerung der Elbdeemoole soll, obwohl der Oberpräsident, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, das Handelsministerium und das Reichsamtneant das Projekt bestritten, Herr v. Miquel „gewisse Bedenken“ gegen. . .

Das Kulturbild Nr. 2 entwirft die „Office-Ztg.“ mit folgenden Studien:

„Wir in Stettin dürfen uns mit dem erhebenden Bewußtsein trösten, daß der Berlin-Stettiner Großschiffahrtsweg eine liebliche Blume in dem Kanalstrauch bildet, den sich die Regierung um den Mittelkanal gewunden hat, eine Blume, die sie sich unter keinen Umständen daraus wird herauszupfen lassen, weil sonst die Farbenharmonie des Strauches leiden könnte! Und diese Schönheitsrücksichten müssen uns auch genügen, wenn die Blume Großschiffahrtsweg schließlich mit dem ganzen übrigen Strauch in das Herbarium der wohl erforschten, aber nicht ausgeführten Projekte gelangen sollte. Und wenn die ehemals reiche Blüte, Stettins Handel genannt, darüber mit verzweifelt und zu Grunde geht, so kann ja die Regierung die Berichte über dieses Dürsterben ihrem

vorwähntes Herbarium mit einverleiben als lehrreiches Beispiel dafür, wie man es anzufangen hat, einen einflussreichen Handelsplatz von Regierung wegen schematisch umzubringen!

Die gräfliche Flotte. Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt wiederum fest, daß die Stimmung in ländlichen Kreisen „stauer und unangenehm“ geworden ist. Weltpolitik ohne kraftvolle Heimpolitik sei eine Nothilfe der Zerfahrenheit und der Straflosigkeit. Unter kostbarer Heimpolitik versteht das Organ des Bundes der Landwirte natürlich eine kraftvolle Lebensmittel- und Schutzpolitik.

Ein Kergernis für die Afrikaner. Der Berliner Korrespondent des „Telegraph“ will von der englischen Botschaft in Berlin dahin informiert worden sein, daß die Antarktis zur Sammlung für die hungernden Südländer von keinem geringeren als Wilhelm II. selbst ausgehoben sei. Die in England finanziell engagierten Bankiers, die Mendelssohns, Warshawsky und Bleichröder, seien auf die Idee sofort voller Freude eingegangen, um England zu beweisen, daß in den Kreisen der deutschen Hochfinanz das englandfeindliche Toben der agrarischen Elemente auch nicht das allerleiseste Echo gefunden habe. Das Erbarmen der Bankiers für die verhungerten Südländer wäre also nur der unklarerer Köpfe einprägung, eine profitabile englandfeindliche Demonstration zu inszenieren.

„Ich erfahre aus unaufsehbarer Quelle“, fährt der Korrespondent fort (die Quelle ist also die britische Botschaft), daß die Reife des Königs nach Altona den Jued hat, der Welt zu zeigen, daß die kaiserliche Politik eine solche absoluter und lokaler Freundlichkeit für Großbritannien ist und daß kein feindlicher Vorstoß gegen England einen Augenblick in Berlin Gewebe finden würde. Diese politische Richtungslinie wurde im vorigen Herbst in Windsor festgelegt. Ein wichtiges Zeichen der Zeit ist, daß die militärischen Kreise jetzt vollständig die Ansichten des Kaisers teilen und von allen denjenigen hierin unterstützt werden, die den Reichtum und den Wohlstand des Landes verteidigen.

Da hier von „unaufsehbarer“ Seite behauptet wird, daß die kaiserliche Ueberwachungsmaßnahme nicht die verwandtschaftliche Zusammenführung des Reiches zum Zweck, sondern die politische Verbindung zweier Nationen zum demonstrativen Ausdruck bringen wollen, darf man auf die Behauptungen der „nationalen“ Presse gespannt sein.

Der Eiel ein Zuggegenstand. In der amtlichen Begründung zu dem Gesetz betreffend die Postdampferverbindung mit Afrika heißt es S. 142 wörtlich:

„Der Rückgang (in der Einfuhr nach Transvaal) trifft hauptsächlich Luxusartikel, wie Spirituosen, Musikinstrumente, Galanteriewaren, Pferde und Esel.“

So sind also in Deutschland die Esel von Regierung wegen zu Zuggegenständen erklärt. Glückliches Deutschland! Jetzt sind wir doch sicherlich reich genug, unsre weltpolitischen Rühm zu bezahlen.

Stuttgart, 24. April. Nach vierwöchentlicher Pause wurde heute der württembergische Landtag wieder eröffnet. Es erfolgte zunächst die Vereidigung der neuwählten Abgeordneten von Gingen, Nagold und Welzheim und des neuen Kanzlers der Universität Tübingen, der nach der Verfassung auch der Zweiten Kammer angehört. Die Demokraten gedenken, wie aus einer Geschäftsordnungs-Vorlesung ihres Führers Hausmann zu entnehmen war, die Wahl des Deutschpartellers Hieber in Welzheim anzufechten. Unter den Eingängen, welche den zuständigen Kommissionen überwiegen wurden, befindet sich der Entwurf einer linksufrigen Reichsbahn Stuttgart-Blochingen. — Man erwartet bereits nicht mehr, daß die Steuerreform die letzte Tagung des zu Ende gehenden Landtags noch beschließen wird.

Zum Koniker Nord.

Die „Berl. Korrespondenz“ meldet amtlich über die „Ausdehnungen in Konig und Umgebung“:

Die aus Anlaß des Koniker Nord in Konig selbst und in verschiedenen Ortschaften und Umgegend vorgekommenen Unruhen haben, wie bereits gemeldet, den Minister des Innern veranlaßt, den Geheimen Ober-Regierungsrat Raubach als Kommissar an Ort und Stelle zu entsenden.

Wenngleich die von dem Letzteren angestellten Ermittlungen ergeben haben, daß die in der Öffentlichkeit verbreiteten Mitteilungen über diese Vorgänge zum Teil übertrieben sind, so hat doch an einzelnen Stellen das Vorkommen bedauerlicher Ausschreitungen festzustellen werden müssen. Dies hat dazu geführt, daß die polizeilichen Exekutivkräfte da, wo sie sich zur Unterdrückung der Unruhen und zur Verhütung weiterer Exzesse nicht als ausreichend erwiesen haben, sofort durch Heranziehung auswärtiger Gendarmen verstärkt worden sind. Es ist dies insbesondere in Waldenburg und Breslau (Kreis Schlesien) und in Sandburg (Kreis Pflanz) geschehen.

Ferner hat der Herr Minister die schleunige Entsendung einer Anzahl von Gendarmen aus den Regierungsbezirken Danzig und Bromberg zur Verstärkung der Gendarmerie der Kreise Konig und Pflanz, namentlich auch zur Verwendung in Gersdorf und Wilsch (Kreis Konig) angeordnet.

Der Kommissar des Herrn Ministers wird sich heute abend wieder an Ort und Stelle begeben, um die Ausführung der getroffenen Maßnahmen zu überwachen und nötigenfalls weitere Anordnungen zu treffen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Aus Halle a. S., 24. April, wird uns berichtet: Der Arbeiter Christian Gröndler, der mit seiner Demagogie dem Ratzeburger Schiedsgericht am Sonntag vor der Strafkammer wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, wurde heute vom Schöffengericht wegen des damit in Verbindung stehenden Hausfriedensbruchs zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, daß Gröndler ein vielfach vorbestrafter äußerlich deutlicher und gewaltthätiger Mensch sei, der den Schiedsgericht wegen Majestätsbeleidigung den Ungehorsam habe, um die Anklage wegen Hausfriedensbruchs zu verhindern. Gröndler habe nicht etwa aus patriotischen Gefühlen, sondern aus purer Mache gehandelt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Diskrete Vorgänge im Kaiserhause.

Man schreibt uns aus Wien: Die empfindlich in dem Habsburgischen Kaiserthum gegen jede öffentliche Erörterung über intime Vorgänge in der Dynastie ist, zeigt das seltsame Urteil, daß dieser Tage ein Wiener Gericht ausgesprochen hat. Es handelt sich dabei um die angelegliche Verleumdung des österreichischen Kronprinzen, des Erzherzogs Ferdinand d'Este, der als der älteste Sohn des ältesten Bruders des Kaisers, des bormaligen Erzherzogs Karl Ludwig, der nächste Anwärter auf den Thron ist. Vor einiger Zeit ist nun das Gerücht aufgetaucht, der Erzherzog, der schon im reifen Mannesalter steht, stehe vor der Absicht, eine Gräfin Chotel morganatisch zu ehelichen. Ein Wiener Sensationsblatt veröffentlichte sogar am 22. Februar einen Artikel, worin unter Anführung einer Unsumme von Details gemeldet wurde, die Heirat des Erzherzogs habe bereits stattgefunden. Das Blatt wurde konfisciert und in dem gerichtlichen Verfahren über diese Verleumdung erkannte nun das Wiener Verengericht darauf, daß der Inhalt des Artikels eine Ehrverleumdung gegen ein Mitglied der kaiserlichen Familie begründe — nach dem österreichischen Recht erstreckt sich der Schutz von Majestätsbeleidigungen auf alle Glieder der Dynastie —, und zwar deshalb, weil jede öffentliche Erörterung von diskreten Vorgängen der kaiserlichen Familie vor deren amtlicher Aunehmung eine Verletzung der schändlichen Ehre darstellt. Das Urteil ist schon sprachlich falsch, denn die Diskretion ist ja keine Eigenschaft von Dingen, sondern ein Erfordernis bei

deren Beurteilung, geschweige denn, daß es juristisch haltbar wäre. Es zeigt aber sehr deutlich, welche enge Grenzen in Oesterreich der öffentlichen Diskussion über Vorgänge innerhalb der Dynastie gezogen sind; ein Anstand, der zu dem Glauben an die dynastische Bestimmung der Oesterreicher nicht unwesentlich beigetragen hat. Die Frage hat überdies eine staatsrechtliche Bedeutung, denn die Heirat eines Monarchen, der morganatisch verheiratet ist, wäre wohl in Ungarn erbberechtigt, nicht aber in Oesterreich. Würde übrigens der Grundhug, den das Wiener Gericht verurteilt hat, allgemeine Geltung erlangen, so wären die Sozialdemokraten wohl die Letzten, die sich darüber beklagen würden; ihnen ist ja das Leben der Höfe Privatangelegenheit. Aber die bürgerliche Presse wäre um ein beliebliches Repertoire reich. Vielleicht würden aber auch die Dynasten Einspruch erheben, denn die berühmten „kleinen Jügel aus dem Leben“ sind doch ein athenisches Mittel, um die Völker in dem monarchischen Glauben zu erhalten.

Prag, 24. April. Landtag. Fortsetzung der Beratung des Antrags Pacal betreffend die Durchführung des gleichen Rechts der gesetzlichen Sprache bei den Gerichts- und Staatsbehörden in Böhmen. Fort führt aus, es sei notwendig, einen modus vivendi zu schaffen und den berechtigten Forderungen der Tschechen im Interesse des Landes und des Staats zu entsprechen. Redner weist auf die Sympathie Deutschlands hin und sagt, es müßten solche Verhältnisse geschaffen werden, daß Oesterreich ein Bollwerk für künftige Zeiten besitze. Cypinger erklärt, die von den Deutschen angestrebte nationale Abgrenzung entspreche den heutigen tatsächlichen Verhältnissen. Seine Partei werde gegen den Antrag stimmen. Cypinger erklärt, seine Partei stehe auf dem Standpunkt, daß Oesterreich nur als Völkerstaat bestehen könne auf der Grundlage der Gleichberechtigung, daher sei es unumgänglich, einem kulturell so fortgeschrittenen Volk wie dem tschechischen die Gleichberechtigung zu ertheilen. Er werde für Ueberweisung an eine Kommission stimmen. Cypinger erklärt, die Deutschen wollen Frieden, jedoch einen solchen, der ihren Bestands wahr ist. Er werde gegen den Antrag stimmen. Nächste Sitzung Donnerstags.

Leipzig, 25. April. (M. T. W.) Der Landtag nahm den Antrag des Verwaltungsausschusses an, worin die Regelung aufgeföhrt wird, über die im Jahre 1900 zu den Feldarbeiten nach dem Ausland auswandernde Landbevölkerung Ostpreußens genaueste Daten, insbesondere unter Berücksichtigung von Alter, Geschlecht, Beschäftigung und Besitzverhältnissen der Auswandernden vorzulegen, sowie die Arbeitsvermittlungsbüros einer strengen Kontrolle zu unterwerfen, damit die auswandernden Feldarbeiter vor Ausbeutung geschützt werden.

Asien.

Japans wirtschaftliche Entwicklung. Die Entwicklung Japans hat während des letzten Jahrzehnts einen bedeutenden Aufschwung genommen. Der Export wuchs von 70 Millionen Yen im Jahre 1890 auf 215 Millionen Yen im Jahre 1900. Im Jahre 1899 wuchs der Export allein um mehr als 100 Millionen Yen, der gesamte Außenhandel betrug 1899 888 Millionen Yen, obgleich infolge der neuen Handelsverträge die Einfuhr um 110 Millionen Yen hinter der des Jahres 1898 zurückgeblieben war. Nichtsdestoweniger braucht Japans Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht übermäßig gefürchtet zu werden, da Japan weder Englands gewaltige Erzvorkommen, noch eine Kohle von gleicher Qualität besitzt. Auch andre Rohstoffe, z. B. Baumwolle, müssen importiert werden. Singu kommt noch, daß auch der japanische Arbeiter weder qualifizierter ist als der europäische, noch die Bedürfnislosigkeit der chinesischen Arbeiter, dieses Idealarbeiters des neuliebenden Unternehmertums, besitzt. Da in den letzten zehn Jahren eine Preissteigerung des Reifes, des Hauptnahrungsmittels der japanischen Arbeiter, um 183 Proz. eingetreten ist, wird es erklärlich, daß auch die Löhne der in der Industrie beschäftigten Arbeiter um 70—140 Proz. gehöhrt werden mußten. Außerdem wird die Arbeitsleistung des körperlich schwächeren japanischen Arbeiters nur auf zwei Drittel der eines europäischen Arbeiters geschätzt. Ferner wird dem japanischen Arbeiter in einem Bericht des tschechischen Generalkonsuls in Yokohama eine besondere Aufmerksamkeit, die sich im häufigen Arbeitswechsel kundgibt, nachgesagt. Immerhin darf, namentlich auch infolge der neuerdings eingeföhrt Goldwährung, der kapitalistischen Entwicklung Japans das günstigste Prognostikon gestellt werden.

Amerika.

Von den Philippinen ist eine Meldung des Generals Otis eingelaufen, wonach in den ersten Tagen vom 15. bis 17. ds. Mo. 833 Philippinen und 2 Amerikaner getötet und 4 Amerikaner verwundet worden sein sollen. Das Telegramm trägt den Stempel der Unwahrscheinlichkeit, denn doch allzu offensichtlich an der Stirn. Die Philippinen sind, das hat der bisherige Verlauf des Krieges bewiesen, wahrhaftig keine Deserteure, die sich in gedüngten Massen den Kanonenschüssen entgegenstellen, um hundertweise zusammengepackt zu werden. Sie sind vielmehr Meister des Guerillakriegs und wissen von den in ihren Händen befindlichen Feuerwaffen einen dem Gegner sehr unangenehmen Gebrauch zu machen. Es ist aber verständlich, daß General Otis seinen erzwungenen Abgang möglichst in der Pose des Triumphtors antreten möchte.

Partei-Nachrichten.

Zur Nürnberg-Zeitungsangelegenheit. Die Vorstandsschaft des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altdorf und der sozialdemokratischen Partei für den Gau Nordbayern geben jetzt im Einverständnis mit dem Vorstand der Gesamtpartei eine authentische Darstellung der Entwicklung der Zeitungsangelegenheit, aus der wir unter Weglassung von Nebensächlichem hier das Wesentliche wiedergeben:

„Schon seit langer Zeit sind unter den Parteigenossen Klagen und Wünsche über das Partei-Organ laut geworden. Die „Frankische Tagespost“ sollte eine bessere Ausgestaltung erhalten, aktueller werden. Besonders die Gewerkschaften führten oft Klagen darüber, daß mehr die geschäftliche als die prinzipielle Seite des Blattes berücksichtigt werde. Die Beschwerden wurden von dem Genossen Dertel zum Teil als unberechtigt, die Wünsche zur besseren Ausgestaltung des Blattes als unerfüllbar bezeichnet.“

Im Februar 1899 wurde in der Gauvorstandsschaft der Sozialdemokratischen Partei Nordbayerns Beschwerde darüber geführt, daß in der „Frankischen Tagespost“ die Berichte über die Reichstags- und Landtagsverhandlungen sehr mangelhaft, ja oft gar nicht erschienen, und daß, wenn man sich nur einigermassen über die politischen Vorgänge orientieren wolle, man auf gegnerische Blätter angewiesen sei. Aus dem Gauvorstande wurde dann eine Kommission, bestehend aus dem Genossen Wiemer, Cypinger und Herrmann, beauftragt, dem Verleger der „Frankischen Tagespost“ diese Beschwerden vorzutragen und ihn um deren Abheilung zu ersuchen.

Die Verhandlung mit dem Genossen Dertel verlief resultatlos. Dieser beklagte sich über die Redaktion, die Ausgaben für diese seien höher wie früher, auch für Mitarbeiter und Korrespondenten seien sie sehr bedeutend gewachsen, er wäre außer Stande, mehr zu bieten, da die „Tagespost“ ohnehin immer mit Defizit arbeitete. Die drei genannten Genossen setzten sich nun mit dem damaligen Ueberschreiber ins Benehmen, um sich über die Angelegenheit zu informieren. Dieser teilte ihnen mit, daß die Redaktionsmitglieder ihre volle Pflicht und Schuldigkeit erfüllten, der Hauptfehler aber wäre der, daß der Redaktion kein bestimmter Raum im Blatt eingeräumt werde. Auch sei von dem Genossen Dertel der Korrespondent für den bayerischen Landtag gestrichen worden, so daß man betreffs der Parlaments-Nachrichten oft auf die Mitteilungen anderer Zeitungen angewiesen sei.

In einer weiteren Verhandlung, in der dem Genossen Dertel das Resultat dieser Information mitgeteilt wurde, kam nun folgende Vereinbarung zu Stande: Bei einem Umfang von 4 Seiten sollen der Redaktion durchschnittlich 2 1/2 bis 2 3/4 Seiten eingeräumt werden. Seiten mehr als 1 1/2 Seiten Inzerate vorhanden, dann solle die

Zeitung 6 Seiten stark erscheinen, wovon 3 Seiten für den redaktionellen Teil zur Verfügung zu stellen wären. Eine Ausgabe von 8 Seiten solle 4 Seiten Text enthalten. Ferner solle wieder ein besonderer Berichterstatter für den bayerischen Landtag angestellt werden und der Redaktion weitere Mittel gewöhrt werden, um geeignete Mitarbeiter zu gewinnen.

Nach kurzer Zeit beschwerte sich die Redaktion, daß die mit Dertel getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten würden. Nach Rücksprache mit Dertel wurde nun eine gemeinschaftliche Sitzung mit der Redaktion abgehalten. Dertel brachte seine Beschwerden über die Redaktion vor; diese liefere zu wenig eigene Artikel. Die Redakteure erklärten, daß sie gar nicht in der Lage seien, eigene Artikel zu bringen, da ihnen kein bestimmter Raum zur Verfügung stehe, über den sie disponieren könnten. Oft ständen ihnen nicht einmal 2, häufig nur 2 1/4 Seiten zur Verfügung, so daß sie genöhigt seien, wichtige Mitteilungen zurückzustellen.

Genosse Dertel versprach schließlich, diesem Zustande ein Ende zu machen; der Redaktion werde nun täglich ein bestimmter Raum als Minimum eingeräumt, der Umfang würde mit der Redaktion vereinbart werden.

Die Beschwerden gingen fort, die Redaktion beschwerte sich über den Verleger, der Verleger über die Redaktion.

In einer weiteren Sitzung mit der Kommission erklärte Dertel, daß die finanzielle Stellung des Blattes eine derartige sei, daß er den Wünschen der Parteigenossen nicht Rechnung tragen könne. Die Gewähr für die Redaktion seien bedeutend höher wie früher. Die Gehaltslisten liefen bis Ungeheuren, auch die Ausgaben für Korrespondenten und Mitarbeiter seien bedeutend gestiegen. Er habe keine Lust, für die Partei fortwährend so große Opfer zu bringen. Er wolle eine genaue Abrechnung über den Stand des Blattes vorlegen, aus der man dann ersehen werde, daß die „Tagespost“ aus den Beiträgen der Druckerei miterhalten werde. Wollte die Partei das Blatt besser ausgestaltet haben, dann müsse sie die Kosten dafür tragen und eventuell den Verlag selbst übernehmen; zur Abgabe des Verlags sei er jeden Augenblick bereit.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Gauvorstandes und der Vorstandsschaft des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg, in der über diese Verhandlungen mit Dertel Bericht erstattet wurde, wurde allgemein betont, daß, wenn das Blatt wirklich so stehe, wie Dertel sage — und man werde dies ja noch aus der buchnähigen Aufstellung, die Dertel geben wolle, ersehen —, dann könne man es unumgänglich einer Person zumuten, derartige bedeutende finanzielle Opfer für die Partei zu bringen, sondern die Partei müsse dann Mittel und Wege suchen, um das Blatt auf eine glücklichere finanzielle Basis zu stellen. Wenn Dertel von einer Verhandlung in einer Parteiverammlung aus irgend welchen Rücksichten abstehe, dann müßten eben die Verhandlungen durch die beiden Vorstandsschaften weiter geführt werden.

Genosse Dertel war damit einverstanden, da, wie er sagte, es für ihn unangenehm wäre, öffentlich über seine geschäftlichen Angelegenheiten zu reden; er wolle aber in den nächsten Tagen eine ganz genaue Aufstellung über den Stand des Blattes geben.

Trotz mehrmaligen Ersuchens wurde jedoch den beiden Vorstandsschaften keine Aufstellung über den Stand des Blattes gegeben. Dertel erklärte, daß er einzelnen Mitgliedern eine derartige Aufzeichnung zeigen wolle. Die betreffenden Genossen lehnten es ab, nur privatim sich über den Stand der Zeitung zu orientieren, da sie kein persönliches Interesse an der Sache hätten. Sie erklärten, daß sie nur eine Parteiverammlung einberufen, der sie diese ganze Preßfrage unterbreiten würden. Dertel erklärte, dies wäre ein Mißtrauensvotum gegen ihn, er wolle uns in der nächsten Zeit einen passenden Vorschlag unterbreiten, wie sollen und so lange geduldet werden.

Die Delegierten zum Parteitag in Hannover wurden nun beauftragt, mit dem Parteivorstand Rücksprache zu nehmen. In Hannover erklärte der Parteivorstand das Verlangen der Nürnberger Parteigenossen, das Parteiblatt in eigenen Verlag zu nehmen, für durchaus berechtigt. Selbstverständlich aber müßten die Nürnberger Parteigenossen die erworbenen Rechte Dertels respektieren und sich auf irgend eine Weise mit ihm abfinden. Ueber den finanziellen Stand des Blattes könne der Parteivorstand keinen Aufschluß geben, da er darüber nicht unterrichtet sei. Genosse Dertel habe ihm nur einmal mitgeteilt, daß das Blatt im Jahre 1897 einen Nettogewinn von 3000 M. abgeworfen habe.

Nach der Rückkehr der Delegierten wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und Dertel, auf dessen versprochenen Vorschlag vergebens gewartet wurde — im endlich eine Vorlesung zu Verhandlungen zu haben —, in einer Ende Oktober 1900 abgehaltenen Sitzung folgender Antrag unterbreitet:

Der Verlag der „Frankischen Tagespost“ geht am 1. Januar 1900 in das Eigentum des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altdorf über.

Eine Entschädigung wird an den bisherigen Inhaber des Verlags nicht bezahlt.

Als juristischer Eigentümer des Verlags wird eine offene Handelsgesellschaft nach dem Muster der Firma Kuer u. Co. in Hamburg vorgeschlagen.

Mit der Firma Wöhrlein u. Co. ist ein vorläufiger Druckvertrag auf 3 Jahre abzuschließen.

In dieser gemeinschaftlichen Sitzung erklärte Dertel, diese Anträge seien für ihn unannehmbar; die „Tagespost“ sei der Grundhug der Druckerei, nehme man ihm den Verlag der „Tagespost“ weg, dann wäre er finanziell ruiniert. Die Vorstandsschaften erklärten, daß sie nicht im mindesten die Absicht seien, ihn zu ruinieren, sondern diese Anträge entsammeten ja den eigenen Ausführungen des Genossen Dertel, daß er nicht länger gewillt sei, das Defizit der „Tagespost“ aus seinen eigenen Mitteln zu decken. Wenn es richtig sei, daß die „Tagespost“ 1897 nur 3000 M. Reberschuss abgeworfen habe, so sei es ausgeschlossen, daß der Anfall dieses Betrags bei dem Umfang seines Unternehmens Dertel geschäftlich ruinieren würde. Würde der Verlag von der Partei übernommen, setze die Auflage des Blattes sicher so, daß dieser Betrag am Druck wieder eingebracht werde. Wenn diese Anträge für ihn (Dertel) unannehmbar seien, dann brächen sie (die Vorstandsschaften) die Verhandlungen vorläufig ab und ersuchten ihn, daß er ihnen einen andren Vorschlag unterbreite, wie die Preßfrage geregelt werden solle.

Die Verhandlungen wurden dann auf den 21. November vertagt; bis dahin wollte Dertel seinen Vorschlag unterbreiten. Ferner wurde beschlossen, zu dieser Verhandlung ein Mitglied des Parteivorstandes beizugehen.

In dieser Sitzung, in der der Parteisekretär Auer anwesend war, machte nun Genosse Dertel folgende Vorschläge: Er sei bereit, den Verlag gegen eine Entschädigung von 5000 M. abzutreten, wenn mit ihm ein Druckvertrag auf fünf Jahre abgeschlossen werde.

Von einem Vorstandsmitglied wurde Dertel der Vorschlag gemacht, auf die Entschädigung von 5000 M. zu verzichten, dafür aber den Verlag bis 1. Januar 1901 zu behalten. Dertel lehnte diesen Vorschlag ab mit dem Bemerkten, daß er froh sei, wenn er sich den Verlag vom Halse schaffen könne. Die Vorschläge Dertels wurden einstimmig angenommen. Die Beratung des Druckvertrags sollte noch vor dem 1. Januar 1900 stattfinden. Dertel wurde erjucht, diesen auszuarbeiten.

Die weiteren Vorarbeiten wurden im Einverständnis mit Dertel erledigt.

Anfang Januar 1900 wurde Dertel nochmals mitgeteilt, daß die Vorstandsschaft des sozialdemokratischen Vereins durch die nunmehr erfolgte Ausschreibung der Redakteurs- und Geschäftsführerstelle veranlaßt sei, in der Generalversammlung, die am 25. Januar im Saal des „Sächsischen Hofes“ stattfände, offizielle Mitteilung über die am 1. Juli erfolgende Uebernahme der „Frankischen Tagespost“ und „Fürther Bürgerzeitung“ in den Parteiverlag zu machen. Dertel war damit einverstanden, daß diese Mitteilung gemacht werde und entschuldigte sich ausdrücklich wegen seines Nichterscheinens in der Versammlung.

Der Bericht der Vorstandsschaft wurde in der Generalversammlung allseitig mit freudiger Zustimmung entgegen genommen und die Uebernahme des Zeitungsverlags einstimmig gutgeheißen.

Einen Vorstandsmitglied, mit dem Genosse Oertel Mitte Februar 1900 über den abzuschließenden Druckvertrag sprach, teilte er mit, er wäre über einige Fragen des Druckvertrags mit sich noch nicht im Klaren.

Auf dem Gantag in Bamberg am 11. Februar d. J. nahm Oertel als Mitglied des bayerischen Landesvorstands zu dem Punkt „Preise“ das Wort und betonte, daß, nachdem die beiden größeren Parteiführer in Nürnberg und Jülich in den Parteivertrag am 1. Juli 1900 übergehen, auch mit den noch übrigen Parteiführern in Rordbayer ein andres Arrangement wie bisher getroffen werden müsse. So weit waren die Vorarbeiten gediehen, als Genosse Oertel am 18. März von seinem tragischen Geschick ereilt wurde, dem er am 4. April erlag.

Wir überlassen es nun unseren Parteigenossen und allen ehrlich denkenden Männern, sich ihr Urteil über diese vielbesprochene Sache selbst zu bilden.

Parteiliteratur. Ende dieser Woche erscheint in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Weichstr. 2, eine Broschüre: **Weltkrieg und Weltmarkt.** Eine weltpolitische Studie von Franz Mehring, zum Preise von 25 Pf. Diese Schrift, eine Separat Ausgabe der vom Autor im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikelserie, behandelt die brennende Tagesfrage der Weltpolitik und die Stellung der Arbeiter dazu. In 5 Kapiteln über die Weltpolitik des kapitalistischen Abolismus, des bürgerlichen Handelskapitals im 17. und 18. Jahrhundert, der Großindustrie und des kranken Kapitalismus werden nicht nur die historischen Zusammenhänge erörtert, die zugleich ein Bild der Entwicklung des Kapitalismus vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart geben, sondern auch ihre Verschiedenartigkeit nach sozialpolitischen Voraussetzungen der einzelnen Länder. Die Kenntnis dieser historischen Zusammenhänge, die den Schlüssel zum Verständnis der heutigen Streitfrage liefern, dürfte für die Parteigenossen eine willkommene Bereicherung ihres Wissens bilden. In zwei weiteren Kapiteln: Weltpolitik des Deutschen Reichs und die des deutschen Protektariats wird dargelegt, wie die durch den Schwindelgeist ihrer Unternehmener verkrachte Industrie gemeinsame Sache mit der Reaktion macht, um durch Krieg und Schutzölle eine weitere Galgenfrist ihrer Herrschaft zu erlangen, und wie dem gegenüber die Aufgabe der Arbeiterklasse in dem Worte liegt: Friede und Freiheit. Im Schlusssatz: Arbeiter und Flottenvorsorge faßt Mehring die für die deutsche Sozialdemokratie sich ergebenden Pflichten zusammen: Festhalten an der alten prinzipiellen Fahne der Partei!

Wir glauben, daß diese zeitgemäße Schrift zur Aufklärung der Arbeiterklasse viel beitragen wird und empfehlen den Genossen deren Anschaffung.

Bei den Stadtverordneten- und Erziehungswahlen in Elmshorn, die infolge der Vorgänge mit der Einladung Kollers notwendig geworden war, sind unsere Parteigenossen unterlegen. Auf die Kandidaten unserer Partei fielen 217, 218 und 219 Stimmen, die Gewählten erhielten 368 bis 390 Stimmen. Bei der vorigen Wahl betragen unsere Stimmengahlen 304 bis 314.

Von der ungarländischen Parteileitung werden wir um Abdruck der nachstehenden Erklärung ersucht, die durch die tendenziöse, die Vorgänge einseitige Art der Berichterstattung über den letzten Kongreß unserer Genossen in Budapest veranlaßt wurde, und auf dem Parteitag selbst von 200 Delegierten gegen eine Stimme angenommen wurde. Diefelbe lautet:

Die vom bürgerlichen Journalisten Paul Engelmann an ausländische Partei-Organen, besonders an die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, gesandten Berichte strotzen von Verdrehungen, Entstellungen und von blindem Haß diktierten Verleumdungen. Deshalb hofft der Kongreß, daß die ausländischen Parteiblätter von nun an nicht mehr einen notorischen Verleumder mit der Berichterstattung aus Ungarn betrauen.

Diesen Antrag haben alle zur Partei gehörigen Blätter zu veröffentlichen und sind davon die ausländischen Bruderparteien zu verständigen.

Wir haben seiner Zeit nach dem Bericht der „Wiener Arbeiter-Zeitung“, den wir natürlich auf seine Nichtigkeit nicht nachprüfen konnten, etwas über den Kongreß mitgeteilt. Weitere Berichte darüber standen uns nicht zur Verfügung, so namentlich nicht unser Budapest-Parteiblatt, dessen Expedition so mangelhaft ist, daß es uns oft wochenlang nicht zu Gesicht kommt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein Gewerkschaftskartell der christlichen Gewerkschaften ist für Berlin und die Vororte geplant. Die Vorstände der christlichen Gewerkschaften haben sich in einer Sitzung zusammen gefunden. Man gedenkt durch diese Organisation mehr durch öffentliche Versammlungen auf die Arbeiterklasse einzuwirken. Außerdem wurde in dieser Sitzung beschlossen, das Gewerkschaftsorgan „Arbeiter-Schau“ wie bisher den Mitgliedern zuzustellen. Der Obmann der Sektion der Maurer, Lieberberg, teilte mit, daß die Mitgliederzahl seiner Sektion 3000 übersteigt, man beabsichtigt ein eigenes Fachorgan zu gründen.

Deutsches Reich.

Dürfen Frauen Mitglieder einer Gewerkschaft sein? Nachdem durch Reichsgesetz das Verbindungsverbot politischer Vereine aufgehoben ist, hat der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes die Erlaubnis erteilt, daß streikfähige Polizeibeamten nicht mehr, nachdem sie glauben, den politischen Charakter der Gewerkschaften ergründet zu haben, mit einem Schlags die Organisation auslösen können. Jedoch noch eine förmliche Schlags für polizeiliche Auslegungslust ist dem Paragraphen geblieben: er verbietet, daß in politischen Vereinen Frauen als Mitglieder aufgenommen werden. Gestützt auf diese unklare Bestimmung des Gesetzes bemüht sich nun in letzter Zeit die Polizei, vielfach den Frauen die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft abzuspüren. Mit welcher Begründung es geschieht, mag folgende Antwort auf eine von den Schuhmachern in Posen eingeleitete Beschwerde zeigen:

Königlicher Polizeipräsident.

Posen, den 19. April 1900.

Ihre Beschwerde vom 9. d. M. über das Verhalten des überwachen Beamten in der Versammlung vom 4. d. M. weise ich als ungedultfertig zurück.

Der Verband will nach § 1 Abs. 1 seiner Satzungen die Interessen seiner Mitglieder fördern durch Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders durch Abschaffung der „Accordarbeit“. Dieses Streben gilt also nicht einem speziellen konkreten Arbeitsvertrage, nicht unmittelbar durch Verträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern es zielt generell auf die Aenderung bestehender wirtschaftlicher Verhältnisse ab. Derartige allgemeine Bestrebungen fallen aber nach der Entscheidung des Reichsgerichts vom 11. November 1887, Band 16 St. a 883, sowie nach andren Entscheidungen nicht unter den § 152 der Gewerbe-Ordnung, sondern sie unterliegen den beschränkenden Bestimmungen des § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850. Der überwachende Beamte befand sich daher im Recht, als er die Entfernungen der Frauen aus der in Rede stehenden Versammlung der Zahlstelle forderte.

v. Hellmann.

Wenn also jemand, der bisher im Accord arbeitete, seine Beschäftigung im Lohn forsetzt, so hat er nach dem Polizeipräsidenten v. Hellmann eine Aenderung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse vorgenommen. Er mag zufrieden sein, daß die Polizei nicht gleich einen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in seinem Verhalten erblickt, dann könnte es ihm noch schlimmer ergehen. So dürfen nur die Frauen sich an diesem

freudigen Beginnen nicht beteiligen, den Männern ist es erlaubt, die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu ändern. Das nennt man in Posen politische Gegenstände erörtern. — Eine kostbare Begründung, die geeignet ist, gegen das bestehende Begriffsvermögen zu verstoßen.

Lohnkämpfe in Krefeld. Seit dem 1. April stehen die Holzarbeiter im Kampf um den Reinstundenlohn und eine zehnprozentige Lohnverbesserung. Die Pfeister und Stuccateure haben am Osterfestabend die Arbeit niedergelegt. Diefelben fordern den Reinstundenlohn und einen Stundenlohn von 50 Pf. für Stuccateure und 42 Pf. für Pfeister. Die Arbeitszeit betrug 10 1/2 Stunden. Bis jetzt haben zwei Unternehmer dem Willen, während die übrigen in einen Verband zusammengetreten sind und sich verpflichtet haben, der Forderung nicht Folge zu leisten.

Zu diesen Ausständigen sind jetzt noch die Steinarbeiter gekommen. Diese verlangen einen Stundenlohn von 50 Pf. und eine Arbeitszeit im Sommer von 10 und im Winter von 9 Stunden. Auch die Unternehmer in dieser Branche haben einen Ring gebildet und lehnen die Verhandlungen mit der Lohnkommission ab. Daraufhin haben die Steinarbeiter beschlossen, nach Ablauf der Kündigungszeit, am 21. April, sämtlich auswärts in Arbeit zu treten, und die Sperre über die Werkstellen Krefelds zu verhängen.

Lohnkämpfe in Ahrdt. Die Arbeiter haben sich bisher am hiesigen Ort der Arbeiterbewegung nahezu vollständig ferngehalten, umso mehr muß es überraschen, daß jetzt in mehreren Berufen eine Lohnbewegung um sich greift. Die Bauarbeiter haben sämtliche Forderungen gestellt, hoffen aber, ohne Streik dieselben durchzusetzen. Dagegen ist es bei den Textilarbeitern schon zum Streik gekommen. Seit vorgestern sind 81 Arbeiter der Firma Weines Söhne ausständig. Sie verlangen zehnstündige Arbeitszeit, einen Wochenlohn von 21 M. für ungelehrte Arbeiter, für selbständige Arbeiter 25 M. Anerkennung des Ausschusses und humane Behandlung seitens der Vorgesetzten.

Die Aussperrung der Schuhmacher in Tuttingen, die nahezu 2000 Arbeiter betrifft, zeigt auch nach einem Verlauf von 7 Wochen keine Aenderung und noch ist der Abschluß des mit so großer Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter inszenierten Kampfes nicht abzusehen. Die Fabrikanten sowie auch die Behörde macht die größte Anstrengung, einen Teil der Aussperrten in die Fabriken zu locken. Dabei wurde gegen die Arbeiter die Drohung ausgesprochen, daß derjenige, der an dem von den Fabrikanten bestimmten Tage nicht kommt, in ganz Tuttingen keine Arbeit bekommt, man stelle den hart arbeitenden Lohnsklaven die schwarze Liste und Boykott in Aussicht. Man bietet alles auf, um die kämpfenden Arbeiter zu Streikbrechern zu machen, weil fremde Arbeiter nicht zugereist kommen. Vor acht Tagen kam vom Oberamt das Verbot des Streikpostens, und statt der Aussperrten nahmen Landjäger und Polizei vor den Fabriken Aufstellung, um den „Arbeitswilligen“ ungehindert den Zugang zur Arbeit offen zu halten. Aber welche Enttäuschung für die Fabrikanten: niemand betrat die Fabrik, die Streikenden stehen noch wie am ersten Tage tren und fest zusammen und erklären, daß sie nicht früher in die Fabrik gehen, bis die Forderungen bewilligt und die Uebelstände beseitigt sind. Der Kampf muß fortgesetzt werden. An die Arbeiter-Schaft Deutschlands richten wir den Appell:

Laßt die Kämpfenden nicht in Stich, laßt die Fabrikanten nicht über uns triumphieren! Die Lohnkommission.

Versammlungen.

Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis. In der Generalversammlung, die am Dienstag im Kolberger Salon stattfand, ehrte man zunächst das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Dann erstattete der Vereinsvorsitzende Kiesel den Vorstandsbericht. Demselben ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Quartal 4 Vereinsversammlungen, 5 Vorstandssitzungen und 2 Bezirksführer-Konferenzen abgehalten wurden. Letztere beschäftigten sich unter anderem auch mit der Frage der Neugestaltung der Organisation. Ein Beschluß des Vorstands geht dahin, daß von denjenigen Genossen, die aus einem andern politischen Verein zum Wahlverein übergetreten, kein Eintrittsgeld erhoben wird. Die Mitgliederzahl ist im letzten Vierteljahr von 4935 auf 5648 gestiegen. Von einer Streichung der Mitglieder, die länger als 3 Monate im Rückstand sind, hat der Vorstand abgesehen, weil er meint, es müsse erst verurteilt werden, die Säumnigen an ihre Pflicht zu erinnern. Ueberhaupt solle sich jeder Parteigenosse angelegen sein lassen, in seinen Bekanntenkreisen, in der Werkstatt etc. für den Wahlverein zu werden. Nach dem vom Genossen Tauschel erstatteten Kassenbericht beläuft sich die Einnahme auf 3042,65 M., die Ausgabe auf 2749,95 M. (darunter 1300 M. für Agitation). Es bleibt ein Bestand von 392,70 M. Von den Mitgliedern sind — wie der Kassierer mitteilte — 2163 länger als 3 Monate mit dem Beitrag im Rückstand. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt und darauf folgende Erziehungswahl vollzogen: Rosenthal, Abteilungsführer für Gesundbrunnen; Habang, Abteilungsführer für die Oranienburger Vorstadt; Abendroth, Abteilungsführer für Gesundbrunnen.

Hierauf hielt Dr. Curt Freudenberg einen Vortrag, in dem er die Prostitution, ihre Ursachen und Folgen vom sozialen und medizinischen Standpunkt beleuchtete.

Nach Schluß des Vortrags kennzeichnete Kiesel unter allgemeiner Zustimmung das Treiben des deutschen Flottenvereins, der, wie bekannt, in blühendem Eifer für den Wasserpatriotismus mit seinen Klammern selbst sozialdemokratische Arbeitervereine nicht verschont und sich auch an den Wahlverein mit dem Entschluß an Unterjüngung der Flottenschwärmerei gewandt hat. Zu dieser Angelegenheit wurde ohne Debatte folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis weist mit Entrüstung das Anerbieten des deutschen Flottenvereins, in diesem Verein einzutreten, zurück. Die Forderung der Aufforderung bewirkt einen so hohen Grad von Unkenntnis des politischen Lebens und der Ansichten der Sozialdemokratie, daß wir nur mit Mitleid für die Arrangure über die Angelegenheit zur Tagesordnung übergehen. Wir verbitten uns aber jede weitere Belästigung seitens des Flottenvereins.

Unter anderem gab der Vorsitzende noch bekannt, daß die Vieh-Industrie Proklamation: „Hochverrot und Revolution“ in der nächsten Woche zur Ausgabe gelangt und alle Mitglieder, die nicht länger als drei Monate im Rückstand sind, die Proklamation in den Zahlstellen unentgeltlich in Empfang nehmen können.

Die Kordmacher nahmen in ihrer Versammlung am 23. April den Bericht über den Streik entgegen. Ausständig sind noch 13 Mann, von denen wieder einige in Arbeit getreten sind. Da die Lohnsätze in den Fabriken sehr verschieden sind, so besteht die Absicht, einen Tarif auszuarbeiten, nach dem die Ansprüche geregelt werden sollen. Die Kordmacher werden die Kordmacher im Anschluß an die Holzarbeiter begehren, sie versammeln sich am 8. Uhr vormittags im Restaurant Stramm, Ritterstr. 123, um sich von da aus nach dem Versammlungsort zu begeben.

Der Krieg.

Die Operation zur Zurückverfung der um Wepener und bei Dewetsdorp stehenden Boeren ist im vollen Gange. Und zwar handelt es sich um eine Operation großen Stils. Man schätzt die Zahl der an der Aktion beteiligten Engländer auf 40 000 Mann, mit 150 Geschützen, denen etwa 10 000—15 000 Boeren gegenüberstehen sollen. Gegen Dewetsdorp rücken von Nordwesten (Bloemfontein) aus die 3. und 8. Division unter Rundle und Hermide vor, von Südwesten General Gatacre mit 3000 Mann, von Süden bedroht ebenfalls eine englische Kolonne die unter Billiar und Dewet (?) kämpfenden Boeren. Die Abteilung des Oberst Pelgath, die in Wepener eingeschlossen ist, ist im Westen und Süden von den Boeren umschlossen. Gegen letztere rückte von Süden aus General Prabant vor.

Von den Gefechten bei diesen Punkten liegen nun folgende Telegramme vor:

Unter dem 23. d. M. meldet der „Standard“ aus Bloemfontein: Bei dem am Sonntag in der Nähe von Bloemfontein stattgehabten Kampf rückten die Engländer nur langsam vor, da das Terrain keine Deckung bot. Fast drei Stunden verzogen, ehe man eine Wirkung des englischen Feuers auf die Boeren bemerkte. Nachmittags 3 1/2 Uhr konnte die Infanterie immer noch nicht gegen das anhaltende Gewehr- und Geschützfeuer der Boeren aufkommen, trotzdem ihr Angriff durch drei Feldbatterien und Schiffsgeschütze gedeckt war. Erst bei Eintritt der Dämmerung, als die Umgebungs-bewegung abgeschlossen war, erhob sich die Infanterie vom Boden und stürmte den Hügel. Die Verluste sind auf beiden Seiten gering.

London, 24. April. Nach amtlichen Mitteilungen wurden bei Wepener auf Seiten der Engländer vom 9. bis zum 18. April drei Offiziere und 18 Mann getötet, 14 Offiziere und 88 Mann verwundet; die Verluste der Truppenabteilung des Generals Methuen bei Swaraglopfontein am 20. April betragen 2 Tote, 11 Verwundete, 11 Vermisste; bei Dewetsdorp am 20. April wurden zehn Mann verwundet.

London, 25. April. Eine telegraphische Meldung des Lord Roberts aus Bloemfontein besagt, daß General Chermide heute morgen, ohne auf Widerstand zu stoßen, Dewetsdorp besetzte.

Maseru, 24. April. (Meldung des „Meuterischen Bureau“.) Die Boeren, die gestern vor General Prabant in der Richtung auf Wepener zurückgingen, rückten in der Nacht wieder einige Meilen näher heran. Prabant nahm eine gute Stellung auf der Straußfarm ein. Heute früh beschloßen die Boeren die Garnison von Wepener festzuhalten mit sechs Geschützen. Es stellte sich heraus, daß die Vermutung, Wepener sei so gut wie entsetzt, irrig war. Die Brigade unter General Hart rückt der Division Prabant, welche auf sie wartet, mit wenigen Meilen Abstand nach.

Maseru, 24. April, 10 Uhr abends. Bis jetzt ist die von Norden kommende britische Entsatzkolonne nicht in Sicht gekommen. Die Boeren leisten dem Vorstoß der Generale Hart und Prabant, welche heute nur geringen Fortschritt gemacht haben, energigsten Widerstand. Es laufen hartnäckig Gerüchte um, daß der Boeren-General Olivier mit 1500 Mann einen Angriff auf General Hart in dessen Rücken vorbereite.

Nach diesen Telegrammen haben die Engländer Dewetsdorp besetzt, das von den Boeren während der Nacht aufgegeben worden war.

Die Boeren dürften sich nach Wepener hin zurückgezogen haben, um sich mit den dort stehenden Abteilungen zu vereinigen.

Wepener selbst

Ist bis jetzt noch nicht entsetzt, da, wie das letzte Telegramm berichtet, die Boeren Prabants Vorrücken durch energigsten Widerstand aufhalten.

Ueber Thabanchu liegt heute keine Meldung vor, ebenso wenig vom Kriegsgeschahlay in

Ratal

Zur kriegigen Lage schreibt man der „Kab. Rorr.“ aus Durban: Die Lage der britischen Truppen in Ratal ist ein wenig anders, als die Berichte der hiesigen Blätter und Korrespondenten sie erscheinen lassen. Ich komme soeben von Ladysmith und habe nach sorgfältiger Beobachtung der gesamten Verhältnisse die Ueberzeugung gewonnen, daß das englische Heer in Ratal heute ebenso wenig wie vor einem Monat an eine energigste Offensive denken kann. Die in Ladysmith eingeschlossenen gewesenen Truppen sind auch jetzt noch so mitgenommen durch Entbehrungen, Fieber und nicht zum geringsten durch eine allgemeine Demoralisation, daß sie als Feldtruppen für die nächste Campaigne überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Beim Anblick dieser Tausende gebrechener, bleicher, schwankender Gestalten drängte sich mir immer wieder die Ueberzeugung auf, daß die Boeren von ihrem Standpunkt aus gar nichts Klügeres thun konnten, als das Heer Sir Georges Whites einfach eingeschlossen zu halten und als es ausgehungert und vom Fieber dezimiert war, sich selbst zu überlassen. Hätten die Föderierten diese Garnison wandelnder Leichen als Besondere fortzuführen müssen, so hätten sie sich, materiell wie moralisch, eine Last aufgebürdet, die sie in einem Kampf auf Leben und Tod kaum zu tragen im stande gewesen wären. Tausende derselben wären zweifellos den Folgen der Belagerung erlegen, und für alle diese wäre die Regierung der Republik moralisch verantwortlich gemacht worden. Daneben hätte ihre Bewachung eine nicht unbedeutende Anzahl in den bevorstehenden Entscheidungskämpfen unentbehrlicher Männer absorbiert. So fällt diese doppelte Last den Engländern zu, und die in Ladysmith vorhandenen Geschütze allein scheinen mir ebenso wenig der Menschensopfer wert zu sein, die ein Sturm auf die Stadt gefordert hätte. Das Entsatzheer Bullers selbst hat unter den Strapazen des Feldzugs, der ungenügenden Nahrung, dem vollständigen Mangel an Saug gegen die Witterung, und dem raschen Wechsel der Temperatur wie des Klimas überhaupt weit mehr gelitten, als man sich vorstellen kann.

Letzte Meldungen.

London, 25. April. Feldmarschall Lord Roberts meldet heute aus Bloemfontein: Gestern Abend traf die Division unter General Pole-Carew ohne Verluste in Moddelop ein. Der Vormarsch der Division war durch Kavallerie und reitende Artillerie gedeckt, die den Feind mit schweren Verlusten zurücktrieb. Heute früh überschritten die berittenen Truppen bei Valsbank den Moddelop nach meiner den General French gegebenen Anweisung, quer über der Hügelkette des Feindes Stellung zu nehmen. Die Boeren gaben jedoch offenbar durch Frenchs Erfolgen beunruhigt, ihre starke Stellung bei Dewetsdorp während der Nacht auf und Chermide besetzte diese heute früh. Die berittene Infanterie unter Generalmajor Hamilton trieb, ohne Verluste zu erleiden, den Feind von allen Kuppeln in der Nähe der Wasserwerke. Die Hochland-Brigade hatte gestern, um Hamilton zu Hilfe zu eilen, einen Marsch von 24 englischen Meilen ausgeführt. Nachdem nunmehr Dewetsdorp besetzt ist, ist es nicht wahrscheinlich, daß sich um Wepener herum viel weitere Schwierigkeiten ergeben werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schutz vor Schülentzen.

Köln, 25. April. (W. G.) Die Kölner Strafkammer hatte sich wiederum mit einem Kölner Schützmann zu befassen, der ein Ehepaar mittels eines Spazierstocks, in dem eine Eisenstange verborgen war, schwer mißhandelt hatte. Der Ehemann war infolgedessen wochenlang arbeitsunfähig. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen dieser überaus brutalen Mißhandlung zu zwei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt.

Humanität für Wesiten.

London, 25. April. (W. G.) Die britischen Delegierten unterbreiteten der afrikanischen Jagdflug-Konferenz den Entwurf eines internationalen Uebereinkommens zum Schutze des Wildes in Afrika.

Graz, 25. April. (W. G.) Infolge von Erderschütterungen befinden sich das Schloß und die Ortschaft Wurnberg in großer Gefahr.

Budapest, 25. April. (W. G.) Infolge der andauernden Bau-Krisis werden demnächst sämtliche Hiegelwerke geschlossen. Mehrere Tausend Arbeiter werden dadurch drohlos.

Konstantinopel, 25. April. (W. G.) Mit Rücksicht auf das englisch-französische Uebereinkommen erhielten die türkischen Truppen in Tripolis den Befehl, die Dafen von Hadamas Chat zu besetzen und in der Dase Ogila eine dauernde Garnison zu errichten.

New York, 25. April. (W. G.) Der „New York Herald“ meldet aus Washington, der amerikanische Geschäftsträger in Konstantinopel, Grison, sei telegraphisch angewiesen worden, den Beschlag des Sultans bezüglich der Uebertragung der Forderungen Amerikas abzulehnen und peremptorisch Zahlung zu verlangen.

Reichstag.

180. Sitzung. Mittwoch, den 25. April, 1 Uhr.

Von Bundesratsmitglied: Graf Poldowski, Reichsrat von Thielmann.

Die erste Beratung des Reichs-Seuchengesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Schrader (fr. Bg.):

Der vorliegende Gesetzentwurf hat Aussicht auf Annahme, nicht weil die Parteien mit allen Bestimmungen einverstanden sind, sondern weil wir angesichts der drohenden Pest die Verantwortung nicht übernehmen wollen, das Gesetz jetzt scheitern zu lassen. Wir hoffen demnach, daß es gelingen wird, die Vorlage noch in dieser Session zu verabschieden, sollte es unmöglich sein, so ist es jedenfalls die Schuld der Regierung, die so lange mit der Einbringung gezögert hat. Es wird in der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung steht, leider unmöglich sein, das Gesetz so anzubahnen, wie es unseren Wünschen entspricht. Daß die Vorlage sich auf so wenige Krankheiten und Maßnahmen beschränkt, hängt mit dem Bestreben zusammen, die Kompetenz des Reichs nach Möglichkeit zu beschränken. Mit Recht ist bemängelt worden, daß gar keine neuen Organe von dem Gesetz geschaffen werden, während in der That gerade an solchen zur Kontrolle geeigneten Organen Mangel herrscht. Die Ausführung, insbesondere der Entschädigung, ist den Landesbehörden überlassen. Das wird die Folge haben, daß die Entschädigungsfrage in den einzelnen Staaten sehr verschieden geregelt werden wird, und das ist kein sehr wünschenswerter Zustand. — Im übrigen bin auch ich für die Einsetzung einer Kommission und hoffe, daß die Verabschiedung in dieser Session gelingen wird; freilich betrachten wir das Gesetz, wie es vorliegt, nur als einen Wechsell auf die Zukunft. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Höffel (Rp.):

Durch die Vorlage wird nur zu einem sehr geringen Teil das verwirklicht, was man von einem Reichs-Seuchengesetz verlangen kann. Die wichtigste der in dem Gesetz erwähnten Krankheiten bleibt die Cholera, die ja auch vor 7 Jahren den Anstoß zu diesem Gesetz gegeben hat. Außer der Pest sind die übrigen im Gesetz noch genannten Krankheiten wie Lepra, Gelbfieber, Pocken usw., kaum als gemeingefährlich zu betrachten. Dagegen hätte man auch die Diphtherie und Scharlach in den Rahmen des Reichs-Seuchengesetzes einbeziehen sollen, die in der That gemeingefährlich sind, ebenso auch die Tuberculose, deren verbreitende Wirkung ja statistisch festgelegt ist. Diefelbe Thatsache, wie der Herr Staatssekretär meint, durch die freie Liebesbühnigkeit bekämpft zu lassen, ist nicht wohl angängig. Sehr zu bedauern ist auch, daß die ebenso gemeingefährlichen Geschlechtskrankheiten überhaupt nicht erwähnt sind. Die gefährlichen Seuchen, die jetzt endlich energisch bekämpft werden sollten, verbreiten sich nur durch Verschleppung auf den großen Verkehrswege. Schon 1840 hat man auf internationalem Gebiete versucht, der Verschleppung entgegenzuwirken. Seitdem sind aber auch wesentliche Verbesserungen in den Vorsichtsmaßnahmen nicht getroffen. Aber gerade auf internationalen Gebiet mußte viel mehr geschehen; namentlich sollte man gegen die Seuchenherde rücksichtslos vorgehen. Aber auch im eigenen Lande ist noch viel zu thun. Vor allem sollte man überall für gutes Wasser sorgen, nicht nur in den Städten, auch auf dem Lande. Mit Recht hat gestern ein Redner gesagt: So lange nicht für bessere Wohnungsverhältnisse gesorgt wird, ist für die allgemeine Gesundheitspflege wenig getan. Allerdings sind das Klagen, deren Abheilung große Schwierigkeiten entgegenstellen. Aber es müssen sich Mittel finden lassen, um hier endlich Wandel zu schaffen. Noch einige Worte über die Anzeigepflicht. Reines Erachtens kommt die Verpflichtung, Anzeige zu machen, dem Arzt zu. Bei der großen Zahl der Ärzte giebt es wohl nur noch wenig Leute, die bei irgend einer Gefahr nicht ärztlichen Rat einholen. Dem Haushaltungsvorstand zu Anzeige zu verpflichten, halte ich nicht für angebracht, denn Laien werden sich hier doch nicht zurechtfinden. Darum übertrage man die Anzeigepflicht besser allein dem Arzt.

Im großen und ganzen kann ich mich also für den Gesetzentwurf nicht sehr erwärmen. Ein Reichs-Seuchengesetz sollte die Hand bieten, den schlechten sanitären Zuständen, wie sie leider in unzähligen Orten des Deutschen Reichs bestehen, abzuhelfen. Ich suche aber, was uns hier geboten wird, ist nur Stückwerk, das wenig befriedigen und zur Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse im Deutschen Reich nicht viel helfen wird.

Abg. Dr. Laugerhaus (fr. Bg.):

Ich will auf die weitgehenden Wünsche, die von den Abgeordneten Bunn und Schrader vorgetragen sind, nicht eingehen. Ein Reichs-Seuchengesetz muß unter den Verhältnissen erlassen werden, in denen wir uns jetzt befinden. Wir stehen dem Gesetzentwurf wohlwollend gegenüber und meinen, das Gesetz muß zu Stande kommen, denn es muß endlich ein Anfang mit einer derartigen Gesetzgebung gemacht werden. Bemängelt worden ist mit Recht die große Ausdehnung der Anzeigepflicht auch auf Personen, die gar nicht befähigt sind, die im Entwurf genannten Krankheiten, vielmehr mit Ausnahme der Cholera, zu erkennen. Die Folge würde eine Ueberfülle von Anzeigen sein, falls einmal ein Fall von Pest usw. die Bevölkerung demoralisiert hat. Auf der andern Seite ist es ja wichtig, daß die gemeingefährlichen Krankheiten möglichst frühzeitig und sicher erkannt werden. Um dies zu ermöglichen, ist aber die Einführung der obligatorischen Versicherung unbedingt notwendig, die noch heute in Preußen nicht besteht. Hoffentlich gelingt es der Kommission, die obligatorische Versicherung in das Reichs-Seuchengesetz hineinzubringen. — Daß Krankheiten wie Diphtherie und Scharlach in das Gesetz nicht aufgenommen sind, halte ich für richtig, denn sie treten nur sporadisch auf, können also von den Einzelstaaten bekämpft werden. Ich hoffe, daß es der Kommission gelingen wird, das Gesetz in dem Umfang, wie es die Regierung vorschlägt, zur Verabschiedung zu bringen. Wir müssen dafür sorgen, daß uns nicht der Vorwurf trifft, wir hätten die Gesetzgebung auf diesem Gebiet aufgehalten, falls uns wieder eine der gemeingefährlichen Krankheiten wie Cholera oder Pest befallt. (Bravo! links.)

Abg. Rembold (C.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich):

Was die Zahl der Krankheiten anlangt, die durch das Gesetz getroffen werden, so kann es nicht darauf ankommen, ob eine Krankheit vom Zustand eingeschleppt wird, sondern darauf, ob die Krankheit von dem Einzelstaate nicht ausreichend bekämpft werden kann. Welche Krankheiten unter diese Rubrik gehören, wird im einzelnen Gegenstand der Kommissionsberatung sein. Bezüglich der Tuberculose meinte der Herr Staatssekretär, sie könne nur durch ein Specialgesetz wirksam bekämpft werden. Es wird dann jedenfalls dringende Pflicht der Regierung sein, ein solches Specialgesetz auch zum Beispiel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten möglichst bald einzubringen. — Für die Kommissionsberatung sind auch meine Freunde. Die Hauptaufgabe der Kommission wird sein, die richtige Mitte zu finden zwischen der Wahrung der berechtigten Interessen des Einzelnen und dem Wohl der Gesamtheit. (Bravo! im Centrum.)

Damit schließt die Diskussion. Das Gesetz wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Der Ergänzungs-Etat für 1900 wird debattelos in erster Lesung erledigt und an die Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Ergänzungsetats für die Schutzgebiete für das Jahr 1900.

Abg. Dr. Haffe (natl.):

Bemängelt das System der Erschließung der Kolonien. In Kamerun werden wenigen Gesellschaften große Landkonzessionen gemacht,

ohne daß diese zu den Lasten, die z. B. durch die Vermehrung der Schutztruppe bedingt werden, herangezogen werden.

Kolonialdirektor Dr. v. Buchta: Das Mittrauensvotum, das der Herr Redner der Kolonialverwaltung erteilt hat, kann ich nicht als richtig anerkennen. Die großen Gesellschaften können nicht eher zu weiteren Lasten herangezogen werden, ehe sie einen Schilling aus den Aufgaben gezogen haben, die ihnen gestellt sind. Die Kolonialverwaltung verfolgt vor allem das Ziel, das Hinterland von Kamerun zu erschließen und zu diesem Zweck ist auch die Schutztruppe vermehrt worden. Es wird die Zeit kommen, wo auch die Freunde des Herrn Dr. Haffe das Vorgehen der Kolonialverwaltung als berechtigt anerkennen werden müssen.

Abg. Graf Arnim (Rp.):

Ich muß entschieden für die Vermehrung der Schutztruppe eintreten. Wir müssen rechtzeitig genügenden Schutz für die Kolonien schaffen, um ihre Entwicklung nicht zu hemmen. Ich bedaure aber, daß die Regierung die Vermehrung der Schutztruppe nicht schon im vorigen Jahre beantragt hat. Was die Konzessionsverträge in Kamerun anbelangt, so war es meiner Ansicht nach in Nord-Kamerun nicht nötig, 90 000 Quadratkilometer einer Gesellschaft zu überweisen, die dem Reich so gut wie nichts zu leisten hat. — Noch eine persönliche Angelegenheit. Ich habe mich, um gewissen Angriffen aus dem Wege zu gehen, niemals an Unternehmungen in Afrika beteiligt. Sonst würde ja z. B. jetzt gesagt werden: Graf Arnim hat das aus egoistischen Gründen. Ich teile das hier mit selbst auf die Gefahr hin, daß von jener Seite, etwa vom Abg. Eichhoff, gesagt wird: Naürlich, da ist nichts zu holen; da beteiligt sich Graf Arnim nicht! (Heiterkeit rechts.)

Kolonialdirektor v. Buchta:

Die Ansichten über die Möglichkeit der Konzessionen, wie sie sie haben eintreten lassen, gehen zur Zeit noch weit auseinander. Ich bleibe jedenfalls dabei, daß die Begründung der Gesellschaften die Entwicklung unserer Schutzgebiete günstig beeinflussen wird.

Abg. Eichhoff (fr. Bg.):

Auf die letzte Bemerkung des Abg. Grafen Arnim kann ich nur wiederholen, was ich schon damals gesagt habe. Graf Arnim hat sich in der Kommission wie im Plenum eifrig an der Diskussion über unsere Kolonien in Afrika beteiligt, während er über die sanitären Verhältnisse in Kiautschou kein Wort übrig hatte.

Abgegeben von unsrer prinzipiellen Stellung gegen die Kolonialpolitik in Afrika haben wir noch schwerwiegende Bedenken gegen die Vermehrung der Schutztruppe in Kamerun. Schon im Hauptetat wurde eine Vermehrung der Schutztruppe um 100 Mann gefordert. Damals hieß es, zur Niederwerfung zweier kriegerischer Stämme sei größere Macht notwendig. Jetzt erklärt man, man müsse die Schutztruppe wegen der Zustände in Nord-Kamerun verstärken. In der Budgetkommission wurde damals gesagt: Wir müssen stark genug sein, um gegen den Hauptling Rapa vorgehen zu können. Der ist aber längst verschwunden. Selbst eine kolonialfreundliche Zeitung hat zugegeben, daß überall, wo die Schutztruppe eingegriffen hat, der Handel auf lange Zeit lahm gelegt wurde. Die Erschließung des Landes muß sich auch ohne größere Expeditionen durch Anlegung von Handelswegen ermöglichen lassen. Endlich muß man fragen: Wie groß ist der Handel dort überhaupt? In der Kommission sind darüber nur unbestimmte Angaben gemacht, und auf Grund solcher Angaben können wir der Vermehrung der Schutztruppe nicht zustimmen.

Kolonialdirektor Dr. v. Buchta:

Ich behalte mir eine eingehende Antwort auf die Ausführungen des Herrn Vorredners für die Kommission vor und will hier nur auf einen Punkt eingehen. Die Situation, wie sie durch den zweimaligen glücklichen Feldzug des Majors v. Kampp geschaffen ist, ist die, daß der Einfluß der deutschen Reichsmacht sich bis tief in das Hinterland von Kamerun hinein erstreckt. Es darf nicht unterlassen werden, die Erfolge dieser Feldzüge weiter zu verfolgen, damit uns der Weg in das Hinterland gesichert bleibt. Dies ist vor allem nötig, um den Bezug von Arbeitern aus dem Hinterlande von Kamerun für die Plantagen an der Küste zu ermöglichen. Die Ausdehnung der deutschen Reichsmacht wird auch dazu beitragen, daß die Sklavenjagden aufhören und die Regentämme sich nicht, wie jetzt, gegenseitig zerfleischen.

Abg. Graf v. Arnim (Rp.):

Bei unsrer Zustimmung zur Vermehrung der Schutztruppe in Kamerun leitet und allein das Bestreben, nicht etwa militärische Erfolge zu erzielen, sondern das Land zur Blüte zu bringen. Dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung nicht durch Sklavenjagden decimiert wird. Herrn Eichhoff persönlich erwidere ich, daß er wirklich der Tätigkeit eines Abgeordneten zu viel zumutet, wenn er von ihm verlangt, daß er in jeder Kommission, der er angehört, antwortend ist, zuhört und auch spricht.

Abg. Eichhoff (fr. Bg.): Es handelt sich darum, daß die Abgeordneten Graf Arnim und Dr. Haffe überhaupt gegen eine Kommissionsberatung des Etats für Kiautschou waren, während auch Herr v. Kardorff nachher anerkannt hat, daß die genauere Erörterung der sanitären Verhältnisse doch ausfüllend gewirkt hat.

Der Etat wird der Budgetkommission überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betr. die Erhöhung der Subvention für Postdampfschiffs-Verbindungen mit Ostafrika (Erhöhung von 900 000 auf 1 350 000 Mark).

Abg. Metlich (L):

Die Vorlage fremdlich gegenüber, da ja eine 14tägige Verbindung mit Ostafrika und eine vierwöchentliche Postdampfschiffs-Verbindung mit Südafrika hergestellt werden soll. Die Subvention ist nicht zu hoch, andre Länder zum Beispiel Frankreich zahlen höhere Subventionen. Wir haben in der Vorlage diesmal die Subvention vermindert. Wenn es auch unthunlich ist, daß man zunächst mit der bisherigen Gesellschaft verhandelt, so hätte doch eine Subvention nicht geschadet. Wir halten eine Kommissionsberatung für unnötig und beantragen, die zweite Lesung im Plenum vorzunehmen.

Abg. Dr. Haffe (natl.):

Die Vorlage ist dem Reichstage etwas spät zugegangen. Auch meine Freunde meinen aber, daß die Vorlage ohne Kommission erledigt werden kann. Sollte Kommissionsberatung beliebt werden, so halten wir eine solche von 14 Mitgliedern für wünschenswert. Dem Inhalt der Vorlage stehen meine Freunde sehr sympathisch gegenüber, wir sind auch mit der diesmaligen Begründung einverstanden. Die deutschen Dampfer müssen regelmäßig bis Kapstadt laufen und sich dort auch kreuzen. Die Begründung hat doch recht, daß die Schnelligkeit der Verbindung mit Kapstadt die Hauptsache ist, und diese wird durch das Anlegen in Loko oder Kamerun gefährdet. Es wäre dann nicht mehr möglich, mit der englischen Linie in Bezug auf Schnelligkeit in Konkurrenz zu treten.

Abg. Frese (fr. Bg.):

Ich bin mit der Erledigung der Vorlage im Plenum einverstanden. Voraussetzung dafür ist aber, daß weitergehende Wünsche dann zurückgestellt werden. Der Vertrag, der bisher 10 Jahre lief, soll jetzt auf 15 Jahre verlängert werden. Meine Freunde haben nichts dagegen einzuwenden. Die Verbindung mit Kapstadt ist hochwichtig, dagegen ist eine solche mit Swalopmund noch unbedeutend, zumal dort noch die Hafenverhältnisse ein Anlaufen von größeren Schiffen verbieten.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Ist mit der Vorlage einverstanden. Die von den Ältesten der Kaufmannschaft ausgesprochene und in der Begründung wieder gegebene

Ansicht teile ich, daß es für ein Goldwährungsland wie Deutschland unzulässig ist, wenn es das Gold aus Transvaal direkt auf eigenen Schiffen mit Uebergehung von England beziehen kann. Vor allem möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß unsere Schiffe der Schug einer starken Flotte zur Seite steht, um sie vor jeder Belästigung schützen zu können.

Ministerialdirektor Weber:

Es ist von unseren Verbindungen mit Ostafrika gesprochen worden. Ich will nur darauf hinweisen, daß diese durchaus auskömmlich sind, da wir allmonatlich zweimal eine Verbindung nach dort haben.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bg.):

Meine Freunde sind der Ansicht, daß die beträchtliche Höhe der Subvention das Verlangen nach einer gründlichen Erörterung der Vorlage in der Kommission rechtfertigt. Nebenbei habe ich mich doch gewundert, daß Herr Arendt auch bei dieser Gelegenheit wieder auf seine geliebte Währung gekommen ist. Er hat auf die Begründung hingewiesen. Das könnte ich ja auch. So steht an einer Stelle, daß zu den Luxusgegenständen, deren Ausfuhr nach Transvaal abgenommen hat, auch Eis gehören. (Heiterkeit.)

Abg. Frese (L): Bei der Ausführlichkeit der Begründung wären meine Freunde für Erledigung ohne Kommissionsberatung gewesen. Da aber der Antrag auf Einsetzung einer Kommission gestellt ist, so werden wir auch dafür stimmen, bitten aber, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Dr. Hahn (natl.):

Die Behauptung, daß die deutsche Ostafrika-Linie dem deutschen Export vor allem gebietet hat, trifft nicht zu, gerade im Gegenteil hat der ausländische Export nach Deutschland von dieser Linie mehr Vorteile gehabt. Die ganze Subventionierung kann ich nur als Liebesgabe bezeichnen. Nebenbei steht der Leiter dieser Ostafrika-Linie Herr Börmann mit verschiedenen englischen Gesellschaften in enger Verbindung, die unter dem Einfluß des Herrn Cecil Rhodes, des größten Feinds des deutschen Einflusses in Afrika stehen. Herr Börmann hat sich ja auch gegen das Reichsgesetz ausgesprochen. (Bravo! links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Balkeström: Das Reichsgesetz gehört nicht zur Dampfersubvention.

Abg. Dr. Hahn (fortfahrend): Ich wollte nur darauf hinweisen, daß dieselbe Persönlichkeit, die dem Interesse der nationalen Produktion sich so stark widersetzt, auch ein Interesse an der Subventionierung dieser Dampferlinie hat. Ich sehe in einer solchen Verbindung des deutschen und englischen Großkapitals eine schwere Schädigung für Deutschland. Gleichwohl empfehle ich Ihnen die Subventionierung zu befürworten. (Große Heiterkeit.) Da ich die Hoffnung hege, daß in unserer Kolonialpolitik in Zukunft niemals die nationalen Gesichtspunkte mehr zur Geltung kommen werden, daß wir einmal eine kraftvollere, weniger englandfreundliche Kolonialpolitik treiben werden und dann wird es sehr wertvoll sein, wenn den englischen Konkurrenzlinien subventionierte deutsche Linien zur Seite stehen.

Kolonialdirektor v. Buchta:

Der Herr Vorredner hat nicht das Recht, zu behaupten, daß von der Kolonialverwaltung die nationalen Interessen nicht genügend wahrgenommen werden. Diese South-West-Africa-Company ist eine ursprünglich englische Gesellschaft und in dieser die deutschen Interessen zu wahren, ist Herr Börmann von vornherein eingetreten. Die Wahrnehmung deutscher Interessen ist in dieser Gesellschaft erheblich gestiegen, seitdem die Disconto-Gesellschaft 2 Direktoren hineingeschickt. In den Ausführungen des Vorredners habe ich irgend welche Angaben vermisst, daß die deutschen Direktoren ihre Schuldigkeit nicht getan haben.

Abg. Arendt (Rp.) bittet, die Vorlage nicht der Budgetkommission zu überweisen, da diese zu sehr überlastet sei. Herrn Müller-Sagan bemerke ich, daß ich nicht auf mein Stedenpferd, die Währungsfrage, gekommen bin, sondern daß das Wort Währung mir zufällig vorkam.

Abg. Frese (L) zieht seinen Antrag auf Ueberweisung an die Budgetkommission zurück.

Abg. Dr. Hahn (natl.): Ich habe nicht Personen angegriffen, sondern nur auf die Thatsache der Verflügung deutschen und englischen Kapitals hingewiesen. Nebenbei schöpfe ich mein Material aus einem Artikel der national-liberalen „Heimisch-Westfälischen Zeitung“ (Zuruf des Abg. Wassermann.) Daß Herr Wassermann diese Ausführungen unangenehm sind, ist mir ja verständlich. (Widerspruch bei den National-liberalen.)

Abg. Müller-Sagan (Rp.): Ich habe dem Herrn Abgeordneten Dr. Arendt durchaus keinen Vorwurf daraus gemacht, daß er auch bei dieser Gelegenheit auf die Währung zu sprechen kam. Ich habe auch nicht von einem Stedenpferd, sondern nur von einem Esel gesprochen. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt

Abg. Wassermann (natl.): Die Ausführungen des Herrn Abg. Hahn waren mir nicht unangenehm, sondern gleichgültig. Mein Juraf sollte nur darauf hinweisen, daß die „Heimisch-Westfälische Zeitung“ kein national-liberales Blatt ist.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Herr Dr. Müller-Sagan hat sich mir gegenüber auf den Esel zurückgezogen. Ich habe keine Veranlassung auf diesen Esel weiter einzugehen. (Heiterkeit.)

Die Vorlage wird hierauf einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Dritte Beratung des Nebereinkommens mit Oesterreich-Ungarn zum Schutz des Urheberrechts. 2. Beratung der vom Etat zurückgestellten Resolutionen.)

Schluss 5 1/4 Uhr.

Geschäftsklerikalismus.

Die „Trierische Zeitung“ bringt in ihrem Geschäftsbericht über den Prozeß Dasbach-Handrich noch einige Einzelheiten, die sowohl die gestern von uns veröffentlichte Charakteristik des Herrn Dasbach wesentlich ergänzen, als auch über das innere Treiben in der Centrumpartei manche Aufklärung bringen. Zunächst ist die Auslage des Ober-Vandgerichtsrats und Reichstags-Abgeordneten Bören bemerkenswert. Dieser Herr, der in den Debatten über die lex Heinze durch seinen frommen Eifer zu einer Art Weltberühmtheit gelangt ist, stellte zunächst als Zeuge in dem Verteidigungsprozeß Herrn Dasbach ein überchwängliches Lob aus. Ueber die Stellung Dasbachs in der Fraktion, führte der Zeuge des längeren aus, besteht vielfach eine falsche Vorstellung; seine Opferwilligkeit, seine Selbstlosigkeit, sein Fleiß und insbesondere seine Gefälligkeit machten ihn zu einem der

beliebtesten meiner Kollegen.

Auch seine Frömmigkeit ist stark ausgeprägt. Infolge seines Reiches ist Dasbach ein Feind der Bummelerei, wozu auch der im Parlament leider oft zu rügende Absentismus zu rechnen ist; oft telegraphierte er an Mitglieder der Fraktion, sie möchten zu einer wichtigen Sitzung erscheinen, und bezahlte die Gebühr aus eigener Tasche. Vielfach betrachtete man ein solches Vorgehen als Zudringlichkeit; ich habe darin stets ein reines Motiv erkannt. Dasbach macht es umgekehrt wie die meisten andern Menschen; er zeigt sich zuerst von der schroffen und dann von der liebenswürdigsten Seite. Je länger man ihn kennt, desto mehr lernt man ihn schätzen. Was den Umstand betrifft, daß Dasbach sich um Wahlmandate beworbt, so erblicke ich hierin kein Zeichen von Ehrgeiz; er war der Ansicht, daß er, mit den Verhältnissen des Kreises vertraut, diesen angemessen vertreten müsse, er stellte sich im Interesse Trier auf. Ich

bin überzeugt, daß bei unserm Provinzialkomitee viele Bewerbungen um Mandate eingegangen sind. Dann aber kam das dicke Ende nach. Herr Kören fuhr fort: Heber die

Drohung mit handgreiflicher Züchtigung.
von welcher in dem infamierten Kradderatsch Artikel die Rede ist, habe ich erfahren, daß der Schreiber mich gemeint hat. Ich erinnere mich nicht, einen solchen Ausdruck gebraucht zu haben, will es aber nicht in Abrede stellen. Gebraucht ich ihn aber, so gebraucht ich ihn nicht in beleidigender Absicht und mag ihm keine Bedeutung zu. Herr Dasbach war ja auch ein Moment beleidigt, wir waren im Gegenteil immer die besten Freunde. — Angellager: Sie sagten damals: „Ich würde die Kandidatur Dasbach unter dieser Voraussetzung bedauern“. Unter welcher Voraussetzung? — Zeuge: Unter der Voraussetzung, daß die Kandidatur einen Jwis in der Partei bringen würde. — Angellager: Diese Voraussetzung ist in der That eingetroffen. In der Nachmittagsitzung wiederholte Herr Kören seine Schilderung der Ohrfreigehichte; er betonte nochmals, daß es sich höchstens um eine Aeußerung handeln könne, wie sie unter guten Freunden wohl hie und da falle.

Zeuge Prof. Dr. Aug. Müller, Subregens des bischöflichen Priesterseminars, erlitt folgende Aussage: Am 15. September 1898 fuhr ich im Auftrag meines Vendors, des Vorsitzenden des hiesigen Wahlkomitees nach Köln, um dort mit Herrn Trimbort, dem Vorsitzenden des Wahlkomitees der Rheinprovinz, Rücksprache zu nehmen, damit er uns beifällig sei, einen geeigneten Kandidaten für die Landtagswahl zu finden, nachdem Herr Dasbach sich selbst aufgestellt, für seine Wahl agitiert, aber vom engeren Wahlkomitee und der Dekanatsversammlung der Geistlichkeit durch Majoritätsbeschlüsse abgelehnt worden war. Bei dieser Gelegenheit besuchte ich auch den Herrn Ober-Landesgerichtsrat Kören, weil ich überzeugt war, daß er es gut mit uns meine und die in Betracht kommenden Verhältnisse kenne. Herrn Kören habe ich die Gründe vorgebracht, die uns eine Kandidatur Dasbach als nicht wünschenswert erscheinen ließen. Diese Gründe waren hauptsächlich, daß sehr viele Centrumsleute die Ueberzeugung hatten, die Wahl Dasbachs werde einen beklagenswerten Zwiespalt in die Partei tragen. Wir hielten ferner eine Wahl Dasbachs nicht für erwünscht, weil er bei der Regierung so gar übel angegriffen ist und wir uns sagten: wenn wir einen solchen Kandidaten präsentieren, werden wir für unsern Wahlkreis wenig oder nichts erhalten. Es ist die allgemeine Ansicht, daß unsre Stadt schon seit langem nicht besonders gut von der Regierung behandelt wird. Es hat sich die Ueberzeugung gebildet, daß diese Beiseitsetzungen unsrer Stadt Herrn Dasbach zu verdanken sei, weil man in Regierungskreisen annehme, er habe eine führende Rolle in Erier. Das alles habe ich Herrn Kören vorgetragen und er trat meiner Ansicht vollständig bei. Er sagte etwa: „Auch ich sehe eine Spaltung in Erier voraus, die wir verhüten müssen. Auch den zweiten Grund billige ich vollständig, wir wollen gewiß keine Regierungskandidaten, wir wollen die Rechte von Kirche und Volk gewiß ebenso verteidigen, wie Herr Dasbach, aber auf andre Weise.“ Dann fuhr Herr Kören fort: „Sehen Sie, wie der Kamerad es macht; vor einiger Zeit habe ich eine wichtige Sache erhalten, die ich betreiben sollte. Da läuft Herr Dasbach zu dem Minister, und als ich dorthin kam, war die Sache bereits abgelehnt. Darauf ging ich zu Herrn Dasbach und sagte ihm: „Höre, Dasbach, wenn Dich Dein geistliches Kleid nicht schätze, dann würde ich Dir links und rechts

scheint. Der Zeuge erklärt, daß nach dem kanonischen Recht im allgemeinen den Geistlichen und Klerikern mit höheren Weihen verboten sei, Handel zu treiben. Unter diesem Handel ist der Einkauf von Waren und deren Verkauf mit Gewinn, der Einkauf und die Verarbeitung von Rohstoffen zum Zweck des gewinnbringenden Verkaufs verstanden. Was den Buchhandel usw. betrifft, so bestehen hierüber besondere Bestimmungen nicht. Es hat sich jedoch ein Gewohnheitsrecht herausgebildet, daß Geistliche für Zeitungen schreiben, Zeitungen drucken und herausgeben und ebenso auch Werke religiösen oder gemeinnützigen Inhalts. Voraussetzung dabei ist allerdings, daß der erzielte Gewinn so verwendet wird, wie Geistliche überhaupt das Geld verwenden sollen. Auch darf keine schädigende Konkurrenz für andre damit verbunden sein. — Auf die Frage des Angeklagten, ob dieses Recht sich auch auf den Verkauf von Schreibmaterialien (Federn etc.) erstrecke, antwortet der Gutachter dahin, er glaube das nicht. Der Kläger erklärte, unterstützt von dem Zeugen Köler, daß in seiner St. Johanner Filiale nur Bücher verkauft wurden. Wenn jemals Schreibmaterialien in seinen Filialen verkauft worden seien, so sei dies ohne sein Wissen und Zutun und jedenfalls nur auf eigne Rechnung der Filialvertreter geschehen. — Der Gutachter fährt fort, es sei ihm bekannt, daß Dasbach von dem Bischof die Erlaubnis zur Herausgabe von religiösen Schriften und Bildern habe. Das kanonische Recht verbiete die Beteiligung an Aktien-, Bank- und dergleichen Unternehmungen, bei denen ein höherer Gewinn erzielt wird. — Der Beklagte stellt fest, daß der Kläger mit einem Einkommen von 92 000 M. und einem

Vermögen von 850 000 M.

zur Steuer eingeschätzt sei; früher als Kaplan von St. Gerbassud jedoch nur ein ganz geringes Vermögen besaß. — Der hierzu wieder vortretende Zeuge Lux erklärt, daß die Einschätzung zur Vermögenssteuer zu hoch und auf Reklamation erheblich, etwa um die Hälfte, herabgesetzt worden sei. — Die Frage des Beklagten, ob der Sachverständige nach kanonischem Recht den Kläger im Falle Gruppe für restitutionspflichtig halte, beantwortet Professor Müller dahin, daß allerdings Dasbach restitutionspflichtig sei, wenn die Sache sich so verhalte, wie Gruppe sie ihm eines Tages im Gegenwart seines Vendors, des Justizrats Müller, geschildert habe. Wenn das Unternehmen Gruppen in Saarbrücken tatsächlich gescheitert war und durch Dasbach vereitelt wurde, so sei letzterer verpflichtet, den Gruppe entstandenen Schaden und den aus dem Geschäft für ihn entstehenden Gewinn zu ersetzen. — Eine Schilderung der eidlichen Darlegungen des Zeugen Gruppe durch den Beklagten wird von dem Gerichtsvorsitzenden gegenüber Einwendungen Dasbachs für richtig erklärt.

Der Sachverständige fügt seinem Gutachten nunmehr hinzu, daß allerdings die von Dasbach angewandten Mittel, wodurch Gruppe geschädigt wurde, widerrechtlicher Natur gewesen sein müßten. Der Vorsitzende des Gerichts bemerkt darauf, daß die Anwendung widerrechtlicher Mittel wohl auch gerichtlich beurteilt werden könne.

So die an Gerichtsstelle abgegebene Charakteristik des Herrn Dasbach und seines Treibens. Und das hat die Stirn, die Socialdemokratie zu begeistern und die katholischen Arbeiter von der Wahrnehmung ihrer Rechte in der unabhängigen Gewerkschaftsorganisation abzuhalten! Nach allem ist jetzt begrifflich, daß das hiesige Blatt des Herrn Dasbach, die „Märkische Volkszeitung“, sich so große Mühe gab, durch Verbreitung der bekannten Terrorismus-Märchen dem Antenehmertum und seiner Presse zu Gefallen zu leben.

5. Verbandstag der Maschinisten, Heizer und Berufs-genossen Deutschlands.

Während der Osterfeiertage tagte in Nürnberg die 5. Generalversammlung des Verbands der Maschinisten, Heizer und Berufs-genossen Deutschlands. Anwesend waren 40 Delegierte, die 47 Vereine mit 61 Stimmen vertraten, sowie Genosse A. Köhle, der die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vertritt. Es erfolgte Bericht über die zweijährige Thätigkeit des Verbandsvorstands. Kirchschmid-Berlin betont wieder andern, daß wenn der Verband allen Anforderungen gerecht werden soll, so zum Beispiel bei Streiks und Ansperrungen unsre Mitglieder ausreichend zu unterstützen, eine Erhöhung der Beiträge notwendig sei. Verbandskassierer Klein-Berlin erstattet den zweijährigen Kassierenbericht vom 1. Januar 1898 bis 31. Dezember 1899. Die Einnahmen betragen 27 187,90 M., die Ausgaben 25 750,28 M. Das Verbandsvermögen beträgt rund 11 000 M. Die Revisoren konstatieren genaue und gewissenhafte Kassensführung, worauf sowohl dem Kassierer wie dem Vorstand Decharge erteilt wird.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung werden für Agitation jährlich 500 M. angeworfen. Die Anträge betreffend Einteilung in Agitationsbezirke oder Gane werden verworfen. Die Anträge Halle, Leipzig und Bitterfeld behufs Aufnahme einer Lohn- und Arbeitsverhältnis-Statistik werden einstimmig angenommen.

Bei Punkt 8 der Tagesordnung wird zunächst der Antrag des Verbandsvorstands einstimmig angenommen, nämlich: „Kollegen, welche in einer andern Organisation ihre Auzenzzeit durchgemacht haben, können nach Zahlung des Einschreibgelds als vollberechtigte Mitglieder aufgenommen werden, sofern sie glaubhaft nachweisen, daß der Austritt aus einer andern Organisation erfolgt ist und nach der letzten Beitragszahlung nicht länger als vier Wochen verstrichen sind.“

Der Antrag, einen einheitlichen Wochenbeitrag von 20 Pf. einzuführen, wird als zur Zeit zu weitgehend mit einigen Stimmen Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag auf Erhöhung der Beiträge auf 40 Pf. pro Monat an die Hauptklasse mit Majorität angenommen.

Anträge auf Erhöhung der Sterbe-Unterstützung finden keinen Anklang.

Am zweiten Verhandlungstag

werden die Punkte 4 und 7 der Tagesordnung mit einander verhandelt. Berger-Berlin, Mitglied der Prehkommission, berichtet über die Thätigkeit der Prehkommission. Redner fährt aus, daß dieselbe einen schweren Standpunkt hatte gegenüber dem früheren Redacteur Dackow und dem Verbandsvorstand, um die Beschlüsse des Altbürger-Verbandsstags durchzusetzen. Kirchschmid-Berlin tritt dem entgegen und greift speziell Berger heftig an. An der Debatte beteiligten sich Bräunlich-Leipzig und Ströber-Nürnberg.

Darauf wird der Verbandsbeitrag für die Zeitschrift von 1,20 auf 1,50 M. pro Jahr und Mitgliedschaft festgesetzt. Der Verbandsvorsitzende wird als Redacteur mit monatlichem Gehalt von 150 M. angestellt, ihm wird eine Schreibhilfe mit monatlich 75 M. Gehalt, sowie die entsprechenden Bureauräume zur Verfügung gestellt.

Die Gesamteinnahme für die Zeitschrift „Deutscher Maschinist und Heizer“ betragen vom 1. Januar 1898 bis 31. Dezember 1899 22 241,71 M. Die Ausgaben in der gleichen Zeit 22 232,85 M. Unter den Einnahmen sind 11 708 M. für Inserate und Beilagegebühren mitaufgeführt. Ein Antrag dahingehend, Nichtverbandsvereinen die Aufnahme von Berichten und Anzeigen zu verweigern, wird angenommen. Desgleichen wird denjenigen Firmen, die ihre Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zur Organisation maßregeln, die Zeitschrift zur Aufnahme von Reklamen verweigert, ebenso denjenigen Firmen, die unsre Berufskollegen brieflich bei ihren Prinzipalen anzuschwärzen suchen.

Einstimmig angenommen wird der Antrag des Verbandsvorstands:

Die Generalversammlung wolle beschließen, daß ein Kongreß der Maschinisten und Heizer in Deutschland einberufen wird. Der Kongreß soll stattfinden, wenn mindestens 80 bis 75 Proz. der in Vereinen oder Verbänden organisierten Maschinisten und Heizer sich dafür erklären.

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, die nötigen Vorarbeiten in die Wege zu leiten.

Nachdem verschiedene Anträge untergeordneter Bedeutung gefallen sind, wird der von sechs Seiten zugleich gestellte Antrag auf Auflösung an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands fast einstimmig angenommen. Bräunlich-Leipzig ist für seine Person dafür, erklärt aber, nach den Erfahrungen im Leipziger Gewerkschaftskartell, weder dafür noch dagegen stimmen zu können. Er enthält sich der Abstimmung.

Von Reutlingen, Stuttgart und Weeslau liegt ein gleichlautender Antrag vor, dahingehend, der Verband möge dahin wirken, daß durch Reichsgesetz in sämtlichen Bundesstaaten eine staatliche Prüfung der Maschinisten und Heizer eingeführt werde. Der Antrag wird, nachdem mehrere Redner Bedenken betreffs Ausführung geltend gemacht, mit Majorität angenommen.

Es wird beschlossen, den nächsten Verbandstag in Magdeburg abzuhalten und im Anschluß hieran den Kongreß und zwar Ostern 1902 für die Zeitdauer von 4 Tage bestimmt.

Der seitherige Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer des Verbands wird per Akklamation wiedergewählt. Als Revisoren werden Wagner und Scholz-Berlin, sowie Bräunlich-Leipzig gewählt. In die Prehkommission werden Berger und Hesse-Berlin und Ebdow-Charlottenburg gewählt.

Da die Tagesordnung erschöpft ist, schließt der Verbandsvorsitzende A. Kirchschmid mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, auf den Verband und den Nürnberger Verein die Generalversammlung.

hinter die Ohren hauen.“

Herr Kören hat dann in dem oben besprochenen Sinne an Dasbach geschrieben. Diese Unterhaltung habe ich als durchaus vertraulich angesehen, ich habe höchstens mit zwei Personen, die ich für verschwiegen halten durfte, darüber gesprochen. Wie der Angellagerte Kenntnis davon erhalten hat, weiß ich nicht. Am folgenden Morgen habe ich meinem Bruder von Köln aus geschrieben, daß Herr Kören die Kandidatur Dasbachs aufs tiefste bedauere und ihm rate, zurückzutreten. Herr Kören hat in ähnlichem Sinn selbst geschrieben.

Wie das Treiben des Herrn Dasbach nach Auffassung der katholischen Kirche zu beurteilen ist, darüber gab die Darstellung des Sachverständigen Seminarprofessor Dr. Müller Aufklärung.

Der Sachverständige wurde gefragt, ob die geschäftliche Thätigkeit des Kaplans Dasbach nicht gegen die Bestimmungen des kanonischen Rechts verstoße und das ganze Thun und Lassen des Klägers seine priesterliche Ehre zu beeinträchtigen er-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 26. April.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Die roten Schuhe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des Erasmus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Gipsarbeiter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Meisel. Jephthas Tochter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Harold. Anf. 7 1/2 Uhr.
Venez. Rima von Barnhelm. Anfang 7 1/2 Uhr.
Keddenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Adelica. Der Betselstudent. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Niobe. Hierauf: Der Diener zweier Herren. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Annen. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. § 184. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Der Minenkönig von Transvaal. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Circus-Fee. Anfang 8 Uhr.
Reichrich. Wilhelmshäufliches. Wenn auf der Pariser Welt-Ausstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 Uhr.
Pafank. Spezialitäten-Vorstellung. Eine alte Geschichte. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Im Himmelhof. Anfang 8 Uhr.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternparade.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theater) und Nachmittags 5-10 Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Niobe.
Schwank in 3 Akten nach Barry und G. A. Paulson von Osk. Blumenthal.
Hierauf:
Der Diener zweier Herren.
Lustspiel in 1 Akt von Goldoni.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Niobe.
Hierauf:
Der Diener zweier Herren.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.

Täglich:
Der Minenkönig von Transvaal.
Anfang 8 Uhr.
Borghausbüchse haben Gültigkeit.
Ohm Krüger: Direktor Carl Weiss.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.
Sonntagnachm. 3 Uhr zu halb. Preisen:
Preziosa.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Hilfsliche Aufführungen vor der Abreise nach Hamburg.
Im Himmelhof.
Thomas, Thielischer, Helmerting, Jankermann, Paulmüller.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Montag, den 30. April: Letzte Himmelhof-Aufführung in dieser Saison. Benefiz für Guido Thielischer.
Im Himmelhof.
Gottl. Schwärmer . . . G. Thielischer.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternparade.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Forenczy.
Durchschlagender

Erfolgreich
Berlin nach Ost.

Große Ausstattungsposte.
Die sensationellen Schöler:
Senkung der Parfums.
Eisenbahn-Quartett! O Cordula!
Morgen u. folgende Tage: Berlin nach Ost.
Sonntag, den 29. April: Letzte Nachmittags-Vorstellung der Saison. Zu halb. Preisen. Die Fledermaus.

Metropol-Theater.

Bühnenstr. 55/57. Direktion H. Schütz.
Nur noch bis 30. April
Verkehrte Welt!
und das große
April-Spezialität-Programm.
Dienstag, den 1. Mai 1900:
Zum erstenmal:
Der Zauberer am Nil.
Große Ausstattungspostette.
Vorher:
Das vollständig neue brillante
Mai-Spezialitäten-Programm
Anfang 8 Uhr.
Rauschen überall gefeiert.

Deutsche Konzert-Hallen
Stadtbahn-Börse.

Täglich:
Grosse Theater- und Variété-Vorstellung.
Die Dummkisten Gildach, Grosch, Zimmermann, Gursch, Benari.
„Die Luca von Bizdorf“
sowie
Sergeant Schneidig und militärische Eindricke.
Beginn der ausländischen Drahter.
Bodent. 6 Uhr, der Theaterab. 8 Uhr.

Schweizer Garten

Am Königsthor. — Gaststätte der Ringbahn. — Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag:
Grosses Garten-Konzert
von der Hauskapelle und [44612]
Specialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen | Im großen Saal
aller Art. | Ball.
Anfang 4 Uhr. | Von Pflanzten ab täglich:
Entree 30 Pf. | Konzert und Vorstellung.

Apollo-Theater.

Im Reiche
des Indra
Consuela Tortajada
Gretchen Reutter
sowie das
vorzügl. April-Programm.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich von 10-2 Uhr
sowie beim Invalidentank und
Künstlerdank.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Abendlich jabelnder Beifall
den erstklassigen und wertvollsten
Kunst-Spezialitäten.
Neues Kisten-Programm.
Berlin amüsiert sich.
Fritzi Desirée,
Flammen- und Phantasie-Tänzerin.
Die modernen Simons.
Die mysteriösen Elefanten.
Um 8 1/2 Uhr:
Direktor Winkler in dem aktuellen
Charakterbild
Eine alle Geschichte.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr.
Sonntags nach der Vorstellung:
Familien-Frei-Tanz.

CASTANS
PANOPTICUM

Original-italienische
Sänger- u. Konzert-
Gesellschaft
„Colombo“.
Die neuen sensationellen
lebenden Photographien.
Stiergefecht. — Mann über
Bord. — Stapellauf eines
modernen Schachtschiffs.
— Baby-Wäsche u. v. a. m.
Joubert. — Krüger. — Cronje.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Bodentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Victoria-Theater.

Alexanderplatz.
Abends 8 Uhr:
Die Circus-Fee.
Große Operette.

Passage-Panoptikum.

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Nur noch kurze Zeit:
35
Togo-Neger
Vorstellungen stündlich.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Zum 13. Male:
§ 184.
Schwank in 3 Akten v. Ralph Gobbins
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: § 184.

W. Noacks Theater,

Braunstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Der Wirrwarr.
Pohe mit Gesang in 5 Akten von
Kobene.
Nach der Vorstellung:
Tanzfränzchen.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Heute
Letzter Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach der Soliret
Tanzkränzchen.
Die noch ausstehenden
Billets bitte freundlichst zu
diesem Tage zu benutzen.
Sonntag, den 29. April:
Schluss der Winter-Saison.

Arbeiter-Maifest

Dienstag, den 1. Mai 1900.

Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt von Civil-Berufsmusikern und Gesangsvereinen des Arbeiter-Sängerbunds.

Festrede. — Turnerische Aufführungen. — Ernste und heitere Vorträge. — Lebende Bilder. — Kinderbelustigungen. — Tanz.

I. Wahlkreis.

Feenpalast, Burgstr. 22, Eingang Wolfgangstraße.

Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf. Tanz 30 Pf.

Gesang, ausgeführt von der „Typographia“. Festrede gehalten vom Reichstags-Abg. Wilh. Liebknecht.

II. Wahlkreis.

Godkbrauerei, Fidinistraße 2-3.

Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

Festrede, 8 1/2 Uhr, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Richard Fischer. Im kleinen Saal: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Maifest-Zeitung gratis.

III. Wahlkreis.

Neue Welt, Hasenheide 108.

Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Festrede, 8 1/2 Uhr, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine. Bei eintretender Dunkelheit: Grosses Feuerwerk. Im grossen Saal: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Entree 25 Pf. Maifest-Zeitung am Eingang gratis.

IV. Wahlkreis.

Brauerei Friedrichshain, am Königsthor. Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Joëls Viktoria-Garten, Köpnicker Landstr. 21-24.

Treptow. Ludwigs Parkrestaurant, Köpnicker Landstr. 25-26, Treptow.

Anfang des Konzerts 4 Uhr. Entree 25 Pf.

Die Kaffee-Küche wird um 3 Uhr nachmittags geöffnet.

V. Wahlkreis.

Schweizer Garten, am Königsthor.

Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Programm an der Kasse. —

VI. Wahlkreis.

Ahrens Brauerei, Thurmstrasse 25-26. Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81.

Feldschlösschen, Müllerstr. 142. Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58.

Ballschmieders Lokal, Badstr. 16. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.

Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9.

Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.

Anfang 3 Uhr. Bei Eintritt der Dunkelheit: Fackelpolnaise.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die Kaffeeküche ist nachmittags geöffnet.

Parteigenossen und Genossinnen! Um auch den wirtschaftlich schlecht Gestellten Gelegenheit zu geben, sich an der Maifeier zu beteiligen, haben wir von der Erhebung eines festen Entrees Abstand genommen. Wir er-suchen die Genossen und Genossinnen, sich möglichst zahlreich an der Maifeier zu beteiligen, um dasselbe zu einem wahren Volksfest zu gestalten, und wenn es irgend möglich ist, den Tag durch Arbeitsruhe zu feiern. Da wir alles aufgeboden haben, bitten wir um zahlreichen Besuch. Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. Die Komitees.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Metallarbeiter

Oskar Wallmann 6885

am 24. April sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Reichsbergerstraße 100, aus nach dem Friedhof Friedrichsberg, Pflanzengarten, statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Daufjagung.

Für die in so reichem Maße bewiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meines sorgsamsten Vaters

Oskar Krone 6836

sagen wir hiermit dem Chef und dem Personal der Firma Frommholz, den Mitgliedern der Gesangsvereine „Sensfelder“ und „Deutsche Schiffe“, den Deputationen der Gewerkschaft und des sozialdemokratischen Wahlvereins f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis unsern herzlichsten Dank, daß sie durch ihre zahlreichen Worte des Herrn Waldeck-Romanoff

Die trauernden Hinterbliebenen.

Da Krone nebst Kindern.

Gewünschte allen Freunden u. Bekannten

einem Weiss. Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft, Reichs- bürgerstr. 100, Freitag, Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendessen à la carte von 20 Pf. an. 2 Besuchszimmer mit Kaffee für 20-50 Personen.

H. Stramm, Neb. Kottbuserstr. 123.

13 000 Mark

oder bei Mitübernahme der ersten Hypothek, 23 200 M., werden auf ein Gasthaus mit großem Gesellschaftsgarten (Vortellhof), in einer industriereichen Stadt

Zulehnen, welches einen Wert von 40 000 M. besitzt, gesucht.

Darüber sind zu legen am 1. Juli 1900 10 000 M. und am 1. Oktober 1900 bei Mitübernahme der ersten Hypothek 13 200 M., im andern Falle, d. h. wenn die erste Hypothek in Höhe von 10 200 M. nicht mitübernommen wird, beträgt die zu legende Summe nur 3000 M., welche alsdann mit den am 1. Juli 1900 gelegten 10 000 M. die zweite Hypothek bilden wird.

Nähere Auskunft erteilt Kühn in Ober-Langendielan, Verlag des „Proletarier aus dem Gutes- gebirge“.

Laabs

Elsasserstr. 39.

Behandl. aller Haut-, Gicht- und Nervenleiden

ohne schädliche Mittel u. Gifte.

Spezial: 9-2, 6-2.

Freitag und Sonntag nur 9-2.

Seitensärztliche Ermäßigung.

Achtung! Maurer!

Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr:

Mitgliederversammlung d. Zahlstelle Berlin II des Centralverbands der Maurer etc.

in „Cohns Festsälen“, Bernstr. Nr. 20/21.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Herzfeld über: „Das Arbeiterrecht nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch“. 2. Bericht über den Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Verbandsleitung.

Achtung! Achtung!

Bau-Anschläger Berlins u. Umgeg.

Öffentliche Versammlung

Freitag, 27. April, abends 8 Uhr, bei Baske, Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum 1. Mat. 2. Bericht über den Einberufer.

Invaliden-Unterstützungskasse der Gürtler zu Berlin.

Su der am Sonntag, den 29. d. M., vorm. 10 Uhr, Rannun- str. 27 stattfindenden

ordentlichen General-Versammlung

werden die Mitglieder hiermit ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung. 2. Ab- änderung der §§ 4 und 7 des Statuts. 3. Bericht über den

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand: G. Kneiff, Vorsitzender.

Achtung! Maler.

Die zu heute abend angelegte Versammlung ist nicht vom Unterzeichneten einberufen.

Joh. Plum, Vertrauensmann.

Großer öffentlicher Vortrag

für Damen und Herren

im „Neuen Naturheilverein“ Charlottenburg-Berlin

(Vorsitzende M. Kube)

im „Kösliner Hof“, Berlin N., Köslinerstr. 8.

Freitag, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, spricht

Frl. M. Kube, Naturheilkundige, über:

Die Lungenschwindsucht eine Volkskrankheit.

Entstehung und Heilung nach dem Naturheilverfahren.

Errichtung von Lungenheilstätten auf naturgemäßer Grundlage.

Entree 15 Pf.

Es veräume niemand, diesen interessanten Vortrag zu besuchen.

Um zahlreiches Besuch bitten

Der Vorstand.

Geschäftsstelle des Vereins: Charlottenburg, Berlinerstr. 125, 3 Treppen.

Morgen, Freitag, Andreasstr. 21, bei Stechert, abends 8 1/2 Uhr

Tichtbilder-Vortrag

über: Lungen-, Magen- und Nierenleiden

vom prof. Naturheilkundigen Grundmann.

Männer und Frauen willkommen.

Eintritt 20 Pf.

Berliner Verein für Naturheilverfahren.

Sprechstunden in der Natur-Heilanstalt Köpnickerstr. 72, 11-1 u. 6-6.

Freie Volksbühne.

H heute abend 8 1/2 Uhr, im grossen Saal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57: Jahres-Generalversammlung.

1. Vortrag über Arthur Schnitzler. Fr. Adele Schreiber. 2. Jahresbericht des Vorstands, des Kassierers und der Revisoren. 3. Diskussion und Neuwahl der gesamten Vereinsleitung. Der gedruckte Jahresbericht liegt aus. Der Eintritt ist nur gegen Vorlegung der Mitgliedskarte gestattet.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Sonntag: 2. Abteilung im Lessing-Theater: Die drei Töchter des Herrn Dupont.

Die 10. Serie beginnt am 6. Mai im Carl Weiss-Theater für die 1. Abteilung. Zur Ausführung gelangt: 1. Abschied vom Regiment. Drama in 1 Akt von Otto Erich Hartleben. 2. Fritschen (aus „Moritur“). Drama in 1 Akt von Hermann Sudermann. 3. Abschiedssouper (aus dem Anatol-Cyklus) von Arthur Schnitzler. — Die Vorstellungen folgen am 13., 20., 27. Mai, 3. und 10. Juni.

Der Vorstand: I. A.: G. Winkler.

Redacteur gesucht.

Wir suchen zum Eintritt per 1. Juli einen 2. Redacteur, der mit den sächsischen und lokalen Verhältnissen vertraut ist.

Bewerber wollen ihre Offerten mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche bis 10. Mai richten an den

Verlag des „Sächsischen Volksblatt“

H. Schmidt & Co.

3. Wida u. Richardstraße 15.

SATYR

siehe unter „Kleine Anzeigen“

„Vermischte Anzeigen“.

Möbel

auf Teilzahl. Oranienstr. 131.

Constante H. & M. Lewent. Besuchen

Sahl. Bed. ohne Anzahl.

Künstliche Zähne!

Vollständig schmerzlos. Plombieren u. Zahn- ziehen. Besondere Teilzahlungen. Jahr- reinigen, überraschender Erfolg. 4419*

Georg Jacoby, Kommandantenstr. 61, I. Sprech. u. 8-8 Uhr, a. Sonnt.

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug 20 M., feinste

Zuthaten, saubere Arbeit, zwei

Proben. [41219*]

!!! Ohne Konkurrenz !!!

!!! Ladelloser Sitz !!!

Anzug - Reste, Paletot -

Reste spottbillig.

Montag - Dienstag

Restverkauf zu Knabenanzügen,

umsoft zugestritten.

Herrenbekleidung Münzstr. 26, part.

Möbel

verkauft gewasene und neue, haareud

billig. 44100*

Teilzahlung gestattet.

Neue Königstrasse 59.

Für 35 Mark

feinere Anzug u. Maß, neueste

Frühjahrs-Muster, neugrüne

glatte und karierte Stoffe,

naturgrün, hell, mittel und

dunkelfarb., reine Wolle, nur

Machener Ware, garantierte

Qualität, [41229*]

ladelloser Sitz, ohne Konkurrenz!

Zwei Anproben, halbarste

Zuthaten, saub. erste Arbeit.

Paletotreste, Cover Coat in

grünen Farben.

Reste zu Anzügen, Hosen,

Paletots spottbillig!

Herrenbekleidung Brunnenstr. 69, p.

Fahrräder

u. Fahrradartikel u. Sie

wird sich überzeugen, dass

ich b. bester Qualität, unt.

1-jähr. Garant., am billigst.

bin - Wiederverk. ges.

Deutsche Fahrrad-Industrie,

Richard Bräsen,

Hannover, Bröderstr. 4.

Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, I.

Behandlung aller Haut-,

Gicht- und Nervenleiden ohne

jegliche Beeinträchtigung. 3975L*

Sprechstunden 9-2 u. 5-9.

Donnerstagsvormittag keine

Sprechstunde.

Bei Vorlegung der

Verbandskarte 10 Proz.

Keelle Bezugsquelle!

Gämereien, Düngemittel etc. in

besten Qualitäten empfiehlt

Albrecht Hoeh, Sauerhandstr.,

5757 Rixdorf-Berlin SO.,

Telefon 41, gegenüber

dem Rathaus.

Parlamentarisches.

Die Unfallversicherungs-Kommission

nach ihre Beratungen am Dienstag wieder auf und erledigte das Bauunfall-Versicherungsgesetz. Dasselbe wurde fast ohne Debatte in der Fassung angenommen, die den Schiffen bezüglich des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes entspricht. Nur über den § 3 entpand sich eine längere Debatte infolge der Befürchtung, welche die Sozialdemokraten über die Behandlung der Kolonnenarbeiter vortrugen. Wenn diese Arbeiter verunglücken, dann werden ihnen ihre Entschädigungsansprüche streitig gemacht u. d. Begründung, sie seien im Sinne des Bauunfall-Versicherungsgesetzes keine Arbeiter, sondern Unternehmer. Aber auch ihre Aufnahme in die Berufsgenossenschaft als Unternehmer habe oft Schwierigkeiten, da ihnen dann auch die Eigenschaft als Unternehmer mitunter abgeprochen werde. Die Regierung und auch das Centrum gab zu, daß diesen Versicherungen eine gewisse Berechtigung zu Grunde liege, meinte aber, Abhilfe könne im Gesetz selbst nicht, sondern nur durch die Praxis allmählich geschaffen werden.

Da der Entwurf ohne jede Änderung die Zustimmung der Kommission gefunden hatte, wurde von einer zweiten Lesung Abstand genommen und sofort zu dem See-Unfallversicherungsgesetz übergegangen. Der § 1 dieses Entwurfs enthält die Aufzählung derjenigen Personen, die der See-Unfallversicherungspflicht unterstellt sind. Dies sind unter andern Personen, welche auf deutschen Seefahrzeugen als Schiffer usw. zur Schiffsbefugung gehören (Seelente). Zu diesen Personen wurden in der ersten Zeit auch solche Personen gerechnet, die nicht dauernd angestellt waren, sondern nur für einige Tage Tagelöhnerarbeit verrichteten. Nachdem man zehn Jahre lang diese Praxis befolgt hatte, war plötzlich von der See-Berufsgenossenschaft herausgefunden worden, daß diese Tagelöhner nicht zu den versicherten Personen gehören, weil sie nicht zur Schiffsbefugung zugerechnet werden können. Es wurde daher diesen Tagelöhnern eine Rente verweigert und dies auch schließlich vom Reichs-Versicherungsamt befestigt. Um die so entstandene Lücke im Gesetz auszufüllen, wurde von den Sozialdemokraten ein Zusatz beantragt, durch welchen auch die auf deutschen Schiffen beschäftigten aber nicht zur Befugung gehörigen Personen für versicherungspflichtig erklärt werden. Die Regierung gab zu, daß diese Lücke zu Tage getreten sei. Sie erklärte sich mit der von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Änderung einverstanden und so wurde denn der sozialdemokratische Antrag nach einer formellen Änderung angenommen.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß als Gegenstand der Versicherung auch die klimatischen Krankheiten und diejenigen Todesfälle auf See oder im Auslande gelten sollen, welche nicht nachweislich auf außerhalb des Betriebs liegende Ursachen zurückzuführen sind. Die Sozialdemokraten begründeten den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die betreffenden Krankheiten und Todesfälle für den Seefahrer auf gleicher Stufe stehen wie die eigentlichen Betriebsunfälle. Die Regierung hielt den Antrag für unnötig, da ja im Invalidenversicherungsgesetz der See-Berufsgenossenschaft die Möglichkeit eingeräumt worden sei, die Witwen- und Waisenversicherung durchzuführen. Auf diesem Wege könnte den vorhandenen Mängeln Rechnung getragen werden.

Nach dem Bestehen des Gesetzes sind von der Versicherung ausgeschlossen diejenigen Unfälle, die der Versicherte während des Urlaubs oder während einer Zeit erleidet, in welcher er sich pflichtmäßig von Bord entfernt hatte. Derselbe Wortlaut war auch in den neuen Wortlaut hübergenommen. Die Sozialdemokraten beantragten in erster Linie, diesen ganzen Satz zu streichen, eventuell aber den Satz so zu formulieren, daß während eines Urlaubs von der Versicherung nur dann der Unfall ausgeschlossen ist, wenn der Berufstätige in eigener Angelegenheit das Schiff verlassen hatte. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß der Schiffer stets Urlaub nehmen müsse, wenn er sich an das Land begeben wolle, also auch in all' den Fällen, in denen er irgend etwas auf dem Lande in Dienste seiner Vorgesetzten auszuführen habe. Für diese Fälle aber wäre eine Entschädigung des Berufstätigen unerlässlich. Die Regierung erkaunte auch diese Befürchtung als gerechtfertigt an und so wurde dieser Antrag ebenfalls von der Kommission einstimmig angenommen.

Darauf wandte sich die Debatte der Frage zu, ob der Entschädigung der Individuen Lohn des Berufstätigen oder ein Durchschnittslohn zu Grunde gelegt werden soll. Da diese Frage von großer Bedeutung ist, die Kommission aber nicht mehr beschlußfähig war, so wurde die Debatte vertagt. In der nächsten Sitzung am Donnerstag wird aber erst der vom Berichterstatter Abg. Teinborn vorgelegte Bericht über das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz zur Debatte gelangen.

Die Kommission für die Vorbereitung der Seemanns-Ordnung begann Mittwoch ihre Beratungen. Ehe man in die Beratung eintrat, wurden von verschiedenen Seiten Bedenken geäußert, ob eine Inangriffnahme des gesetzgeberischen Stoffes bei der vorgerückten Sessionszeit überhaupt angezeigt sei. Es sei kaum Aussicht auf Fertigstellung der Vorlage vorhanden und werde die Session geschlossen, nicht vertagt, so sei die ganze Kommissionsarbeit vergebens gewesen. Die Regierung sagte dazu kein Wort und die Mehrheit der Kommission beschloß, in die Verhandlungen einzutreten und sie so lange fortzusetzen, bis der Seniorensenat in dieser Sache einen Beschluß fassen würde.

Zu § 2 beantragten die Antisemiten, den Schiffsführer, der in dem Gesetz durchgängig als Schiffer bezeichnet wird, „Schiffskapitän“ zu nennen. Der Antrag erlangte aber keine Mehrheit. Zu § 3 beantragten die Sozialdemokraten, die Machtbefugnisse der Dienstvorgesetzten den Schiffsmannschaften gegenüber auf den ihrem Dienstzweig unterstehenden Teil der Mannschaft zu beschränken. Des weiteren soll der Schiffer zur Bekanntgabe der Vorgelegten verpflichtet sein. In der sehr eingehenden Debatte über diesen Antrag fand aber nur der zweite Teil — die Pflicht der Bekanntgabe — allgemeine Zustimmung, während die bürgerlichen Parteien in dem ersten Teil des Antrags eine Lockerung der Disziplin sahen und ihn angeblich aus diesem Grund bekämpften. Unsere Genossen zogen den Antrag schließlich zurück. Er wird etwas verändert in der zweiten Lesung wieder eingebracht werden. Beschlossen wurde ein Zusatz zu § 3, der die Bekanntgabe der Vorgelegten durch Kündigung dem Schiffer zur Pflicht macht.

Sociales.

Mit der Volks-Gesundheitspflege beschäftigte sich unter andern die Generalversammlung des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen, die vor einigen Tagen in Berlin stattfand. Die Anführer der Versammlung kommen in den folgenden, nach dem Vortrage des Fräulein Auguste Förster aus Kassel angenommenen Thesen zum Ausdruck:

- I. Es ist nachweisbar, daß auf dem Gebiete der Volkshygiene Mängel vorhanden sind, die sich äußern:
a) in dem Rückgange der Wehrfähigkeit unfres Volks,
b) in der immer weitere Volkstreu angreifenden Tuberkulose,
c) in den Schädigungen, welche die furchtbare Verbreitung des Alkoholismus hervorbringt,
d) in der Zunahme der Krankheitsformen, welche auf Seelens- störung beruhen.
II. Der Schule ist nicht nur der Geist, sondern auch der Leib der Kinder zur Ausbildung anvertraut. Sie hat darum die unabweisbare Pflicht, den sozialen Mängeln durch die planmäßige Gesundheitspflege ihrer Scholaren entgegenzuarbeiten.
III. Sie entledigt sich dieser Aufgabe durch Anstellung von Schulärztinnen, welche Hand in Hand mit hygienisch gebildeten Lehrkräften für strenge Durchführung der Schulhygiene sorgen. Eine

Gauptaufgabe der Schulleitung ist es, für gründliche Reinigung und Belüftung der Schulräume zu sorgen.

IV. Durch Aenderung des Lehrplans muß Raum und Zeit für Lehrgegenstände, welche direkt der Körperpflege dienen, gewonnen werden. Als notwendige Forderungen ergeben sich:

- a) die Eingliederung der Grundvorleser in den naturwissenschaftlichen Unterricht und Belehrungen, die sich im Lauf des gesamten Unterrichts ergeben,
b) die Einführung des Turnunterrichts als obligatorischer Unterrichtsgegenstand in allen Mädchen-Volksschulen,
c) die Einführung planmäßiger Spielfunden,
d) Wanderungen im Freien, welche gleichzeitig für den naturgeschichtlichen Unterricht fruchtbar gemacht werden,
e) für Kinder der Oberstufe Beschäftigung in Schulgärten,
f) wo die örtlichen Verhältnisse es gestatten, Baden und Schwimmen im Freien unter Leitung und Aufsicht pädagogisch und technisch gebildeter Lehrkräfte,
g) Schulbrausebäder, welche sowohl aus gesundheitlichen, als auch aus ethischen Gründen notwendig sind.

V. Im Interesse der Volksgesundheit und der nationalen Wohlfahrt ist jede Schulgemeinde verpflichtet, die Einrichtungen zu schaffen und fortgesetzt auszugestalten, welche zur Gesundheitspflege der schulpflichtigen Jugend notwendig sind.

Kommunales.

In der Frage der Festschließung der Ferien an den Gemeindefschulen hat der von der Stadtverordneten-Versammlung eingeleitete Ausschuss in seiner gestern abend unter Vorsitz des Stadtverordneten Dr. Schwalbe abgehaltenen Sitzung die Anträge Schwalbe und Singer nach mehrstündiger Beratung mit einigen Änderungen genehmigt. Im Antrag Singer ist das Wort „diesjährigen“ gestrichen worden und lautet jetzt also: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Vorlage und ersucht den Magistrat, die städtische Schuldeputation anzuweisen, Vorkehrungen zu treffen, durch welche es den Schülern — Knaben und Mädchen — der Gemeindefschulen ermöglicht wird, während der Sommerferien, unter Führung und Aufsicht geeigneter Personen, Erholung im Freien (Ausflüge in die Umgegend, Jugendspiele auf den Schulhöfen und in den städtischen Parks usw.) zu genießen.“ — Wegen der hierzu erforderlichen Mittel scheidet die Versammlung einer Vorlage entgegen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Baumblüte in Werder beginnt in nächster Zeit. Bei dieser Gelegenheit eruchen wir die Berliner Parteigenossen, auf ihren Ausflügen die Lokalität zu beachten. Das einzige am Orte der Partei zur Verfügung stehende Lokal von Martin, Angeltweg 58, bedarf dringend der Berücksichtigung. Da nach Mitteilung des Vertrauensmanns bei Martin für größere Unterkunftsräume sowie für gute Bedienung bestens gesorgt ist, so wird zu erwarten sein, daß die Lokalität nach Gebühr beachtet wird. Auf Wunsch sind die Genossen in Werder gern bereit, Vereine usw. zu führen. In diesem Falle wolle man auf einer Postkarte an Martin das Erforderliche mitteilen.

Die Freie Volkshöhle hält heute abend 8 1/2 Uhr in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, ihre wichtige Jahres-Generalsversammlung ab.

Arbeiter-Bildungsschule, Neue Hofstr. 3. Heute beginnt der Unterricht in Redebildung (Referat und Diskussion über Thematika aus dem sozialen, gewerkschaftlichen und geistigen Leben). Vortragender: Rechtsanwalt Victor Frankl. Freitag: Geschichte (Kultur- und Kunstgeschichte im neunzehnten Jahrhundert). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

In Waldmannslust hält Dienstagabend 8 Uhr Genosse Lanow in einer bei Rühl stattfindenden Volksgesamtlung einen Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai.

Lokales.

Rache für Neubrühl.

Im Magistrat ist die Anregung zur Besprechung gelangt, daß dem langjährigen Vorsteher des Stadterordnetenkollegiums, Herrn Langerhans, bei der demnächstigen Feier seines 80. Geburtstags eine besondere Ehrung durch Ernennung zum Ehrenbürger von Berlin dargebracht werden möge. Wie wir hören, würde das Stadterordnetenkollegium freudig und einstimmig dieser Ehrung zugestimmt haben. Jedoch im Magistrat fanden sich nur 4 Stimmen für die Erteilung der Ehrenbürgererschaft an Herrn Langerhans, sämtliche übrigen Magistratsmitglieder stimmten dagegen!

Etwas Bauarbeiterschuh. Für den Geltungsbereich der Baupolizei-Ordnung für den Stadtkreis Berlin vom 15. August 1897 beabsichtigt das Königl. Polizeipräsidium eine Polizeiverordnung zu erlassen und hat einen diesbezüglichen Entwurf dem Magistrat zur Zustimmung überfandt. Die Bestimmungen dieser Verordnung sollen Anwendung finden bei Schuhen, wenn einschließlich der Poliere und Lehlänge mehr als 10 Personen zur Zeit der Rohbauausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind, während der Rohbauausführung beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Staker werden nicht in diese Zahl eingerechnet; bei Tiefbauten, welche von Unternehmern ausgeführt werden, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als 10 Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind. Zur Unterkunft für die an solchen Bauten (wie vorn angeführt) beschäftigten Arbeiter bei ungünstiger Witterung und in den Ruhepausen sollen Räume bereit gehalten werden, welche im Mittel in der Regel 2,20 Meter im Lichten hoch, mit festen Wänden umschlossen und mit einem wasserdichten Dach versehen sind. Die Grundfläche soll demnach bemessen sein, daß auf jeden am Bau dauernd beschäftigten Arbeiter eine Fläche von wenigstens 0,75 Quadratmeter entfällt. Werden mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigt, so soll es genügen, wenn für die die Zahl 20 übersteigende Anzahl von Arbeitnehmern eine Fläche von wenigstens 0,50 Quadratmeter pro Kopf zur Verfügung steht. Die Räume sollen ausreichend Licht- und Luftzufuhr und einen trodenen festen Fußboden haben und auf Erfordern der Polizeibehörde vom 15. Oktober bis 15. März heizbar sein. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeitnehmer sollen in den Unterkunftsräumen Siphone eingerichtet werden. Baumaterialien und Gerätschaften dürfen in diesen Räumen nicht gelagert werden. Bei Tiefbauten sollen die Unterkunfts- räume so gelegen sein, daß der Beschäftigungsort jedes Arbeitnehmers von ihnen höchstens 750 Meter entfernt ist. Bei Hochbauten sollen für die Arbeitnehmer Aborte in solcher Zahl vorhanden sein, daß ein Abort für höchstens 25 Personen dient, auch sollen sie so eingerichtet sein, daß von außen nicht hineingesehen werden kann; sie sollen in der Regel an eine öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen werden, nur in Fällen, wo dies nicht angingig, sollen wasserdichte Latrinen zulässig sein. Vom 15. November bis 15. März sollen Stuccaturen, Putze und Tüpfelarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Türen und Fenster nach außen hin verschlossen sind. In Räumen, in denen offene Coalsfeuer ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, soll nicht gearbeitet werden dürfen; solche Räume sollen gegen andre, in denen gearbeitet wird, dicht abzu-

zuschließen sein, und nur vorübergehend von den die Coalskörbe beaufsichtigenden Personen betreten werden.

Ihre unbändige Lokalität sucht die Berliner Kommunalverwaltung jetzt nach den Principien derer von Schilda an den Mann zu bringen. Die am 20. d. M. in Angriff genommenen Arbeiten für die Grabelung des Schinkelplatzes und die Herstellung einer neuen Ufermauer des Spreelanals sind auf Anordnung der städtischen Deputation plötzlich unterbrochen worden. Der Bauamtmann ist gestern wieder abgetreten und wird ebenso wie die Balken für die Kühlung nach dem Lagerplatz zurückgeschafft. Das Pflaster des Bürgersteiges, das auch schon aufgerissen war, wird schleunigst wieder hergestellt. Die außergewöhnlichen Maßnahmen werden auf die bevorstehende Ankunft des Kaisers Franz Joseph zurückgeführt. Die Fälle, die der Gast des Kaisers während seines Aufenthalts in Berlin im Schlosse bewohnen wird, sind zum Teil nach der Seite der Schloßfreiheit zu belagern, und so würde der Monarch den unehelichen Anblick des Bauamts haben. Mit den Arbeiten wird nunmehr, wie der Berichterstatter meldet, am 7. Mai von neuem begonnen werden.

Vielleicht nehmen unsere Parteigenossen im Roten Hause bei Gelegenheit Anlaß, den Magistrat zu fragen, ob sich eine Vergebung der Steuererlösen, wie sie in den unruhig vertriehten Arbeiten am Schinkelplatz liegt, vor der Bevölkerung verantworten läßt.

Auch ein Einwand gegen die Ferienkolonnen. Gegen diese Einrichtung erhebt die „Märk. Volkstg.“ folgende Anklage: Unsere katholischen Kinder kommen, ohne daß viele eine Ahnung davon haben, nach Hommern, nach Werdenburg oder auch näher in die Provinz Brandenburg an Orte, wo sie die ganzen Ferien hindurch nie in die katholische Kirche gehen können, einfach, weil es dort gar keine giebt. Die Leute, bei denen katholische Kinder untergebracht werden, sind in den seltensten Fällen Katholiken; wie sieht es da auch mit der Verrichtung der Morgen- und Abendgebete, mit der Abstinenz am Freitag, worauf doch katholische Familien selbst in der Diaspora Rücksicht nehmen? Wie würde für eventuell tollkranke Kinder dort gesorgt werden, damit sie die hl. Sterbesakramente empfangen könnten?

Wir glauben, daß die in Betracht kommenden katholisch gelaufen Eltern von Herzen froh wären, wenn sich weiter keine Mängel an den Ferienkolonnen nachweisen ließen.

Der Betrieb des automatischen Fernsprechamts oder des „Fernsprech-Selbstanschluß-Amtes“, wie es amtlich heißt, ist mit 180 Teilnehmern vorläufig eröffnet worden. Die Vermittlungsstelle befindet sich, wie schon früher erwähnt, Oranienburgerstr. 70, bei dem kaiserlichen Stadtfernsprechamt 8. Wie sich aus der zur Verteilung gelangenden „Provisorischen Teilnehmerliste“ ergibt, sind es nur dienstliche Anschlüsse, die zunächst Aufnahme in das Verzeichnis gefunden haben. Der Anschluß der privaten Teilnehmer soll allmählich nachfolgen. — Nach der dem Heften beigebundenen Gebrauchsanweisung zum „Fernsprech-Selbstanschluß-System“ hat man, um zum Beispiel den Teilnehmer 9087 zu erreichen, den Fernhörer abzunehmen, dann mit dem Zeigefinger in den Löchern 9, 0, 8 und 7 die drehbare Scheibe bis zum Anschlag zu drehen und in die Ruhelage zurückzuführen zu lassen. Damit ist die Verbindung hergestellt. Der Anruf geschieht dann durch Kurzel-Induktoren wie beim gewöhnlichen Fernsprecher, doch ist die Anzahl beim Drehen nach innen zu drücken. Nach beendetem Gespräch wird die Verbindung durch einfaches Wiederanhängen an die Gabel gelöst, ohne daß man abhaken nötig hätte. Ist die gewünschte Zeitung befestigt, so hört man nach beendeter Herstellung der Verbindung ein entsprechendes Signal im Fernhörer. Man hat dann anzuhängen und nach einiger Zeit die Verbindung von neuem herzustellen. Das Wahrnehmen des Signals während des Gesprächs hat keine Bedeutung. Das Amt arbeitet bis jetzt gut und ohne Störung. Man hört die Gespräche verhältnismäßig deutlich; einige Nebengeräusche erinnern jedoch an die Wiedergabe der Stimme durch den Phonographen.

Ethik des Sportplatzes. Eine unerhörte Rohheit, die sich am letzten Sonntag im Friedenauer Sportpark einige bekannte Meister-schiffsfahrer haben zu Schulden kommen lassen, erregt in Friedenau großes Aufsehen und allgemeine Entrüstung. Nach den Bekundungen der Augenzeugen, darunter vor allem der Wirtin des Sportpark-Restaurants, die dann auch polizeiliche Hilfe requiriert, hat sich der Vorfall folgendermaßen abgepielt: Auf der kleinen Mitteltribüne, die ihren Anfang in der Nähe der Restauration hat, kamen abends nach Beendigung des letzten Rennens fünf der bekanntesten Rennfahrer mit einem Besucher des Sportparks, einem jungen Rame, aus unbekannten Gründen in Streit, wobei der letztere von der Tribüne hinuntergeworfen wurde. Als er dann sich wieder aufrichtete, erhielt er von dem Rennfahrer Büchner einen solchen Fußtritt vor den Leib, daß er zusammenbrach. Darauf wurde er von dem Meisterschiffsfahrer Wally Brendt mit Stiefeln bearbeitet, worauf er in den Rasen geworfen wurde. Damit aber noch nicht genug, kam noch ein dritter Radfahrer herbei und stampfte den Kopf des hilflos mit dem Gesicht nach unten auf der Erde liegenden jungen Rames in unerhörter Weise in den Rasen. Da die Polizeimannschaften schon den Sportpark verlassen hatten und der Wirt des Restaurants nicht anwesend war, telephonierte die Wirtin nach der Friedenauer Polizeiwache, worauf sofort der Wachtmeister Reier in Begleitung eines Amtsdieners erschien, bei dessen Anblick die tapferen Meisterfahrer schleunigst das Weite suchten. Die Beamten liehen den wie tot Daliegenden nach einer Kabine bringen, wo der Arzt des Sportparks, Dr. Wolff, Verbandsversuche anstellte, die jedoch resultatlos blieben, weshalb dann der Bedauernswerte nach einem Berliner Krankenhaus geschafft wurde. Der Vorfall, welcher auf den Charakter der beteiligten Meisterschiffsfahrer ein sehr bezeichnendes Licht wirft, wird natürlich für sie noch ein sehr unangenehmes gerichtliches Nachspiel haben.

Die polizeilichen Mißfolge der letzten Zeit dürften, wie eine Korrespondenz wissen will, wohl als Grund zu einem unerwarteten Besuch des Polizeiministers v. Rheinbaben im Königl. Polizeipräsidium anzusehen sein. Demzufolge widmete der Minister sein ausschließliches Augenmerk der Exekutivpolizei und ihren Beamten. Eingehend informierte sich der Minister bei dem Chef der Kriminalabteilung, Regierungsrat Dieterici, über die Maßnahmen der Polizei bei dem zahlreichen unaufgeklärten Kapitalverbrechen der letzten Jahre. Wie verlautet, hat der Minister seine Mitarbeit an einer fort-dauernden Reorganisation des Berliner Polizeiwesens in Aussicht gestellt, und die Folge davon dürfte sein, daß eine Vermehrung des Beamtenpersonals, sowie eine Erhöhung des Kriminalpolizeilichen Dispositionsfonds, den Polizeirat Sitte verwaltet, in allernächster Zeit zu erwarten ist. — Was mag dabei herauskommen?

Die Redaktion der „Berl. Morgenpost“ schreibt uns: In Bezug auf Ihre heutige Notiz, betreffend die Wahrsage-Anzeigen, teilen wir Ihnen hoff. mit, daß wir seit einer Woche diese Anzeigen nicht mehr aufnehmen. Wir bitten Sie, hiervon gefl. Notiz zu nehmen.

Es ist bezeichnend, daß es erst der Norddaffoe Jänide beduht hat, um das Gewissen der „Morgenpost“ zu schärfen. Auch ein paar Lustmorde, und wir sehen vielleicht auch die Rossfeuen- und Stuppel-anzeigen aus der bürgerlichen Presse verschwinden.

Mangel an Beamten ist, wie eine Korrespondenz meldet, bei der Postverwaltung eingetreten. Infolge der ungewöhnlichen Zunahme des Verkehrs und des wirtschaftlichen Aufschwungs fehlt es an einer ausreichenden Zahl von Anwärtern für die mittlere Laufbahn. Bewerber werden sofort angenommen und haben „recht gute Aussichten“. Nach den neuen Vorschriften erfolgt die Annahme als Post- oder Telegraphengehilfe, wie häufig diese gestellt sind,

